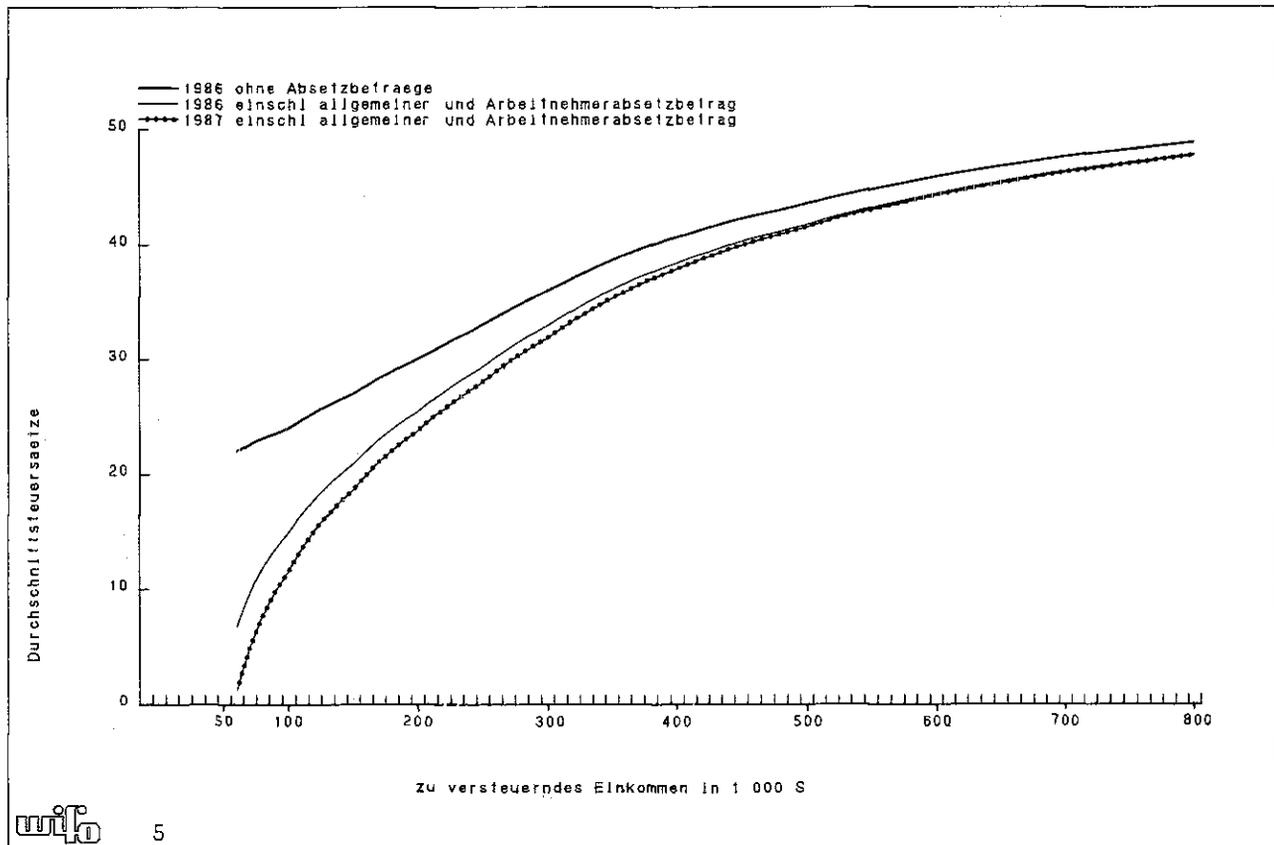


Abbildung 1

Einkommensteuertarife



im engeren Sinn und die indirekte Progression, die durch die Absetzbeträge entsteht. Ein Vergleich des Tarifs im engeren Sinn (ohne Absetzbeträge) mit dem Tarif einschließlich Absetzbeträgen läßt erkennen, daß die Absetzbeträge den Tarifverlauf stark verändern, die Progression deutlich steiler machen. Die starke Progressionswirkung im unteren Einkommensbereich ist großteils den Absetzbeträgen zuzuschreiben. Sie wird durch die Anhebung des allgemeinen Absetzbetrags ab 1987 noch stärker (Abbildung 1). Der allgemeine Absetzbetrag modifiziert im Vergleich zum reinen Tarif im unteren und mittleren Einkommensbereich den Progressionsverlauf erheblich. Die Entwicklung des Progressionsgrads zeigt die Abweichungen deutlich (Abbildung 2). Im reinen Tarif ist der Progressionsgrad zunächst gering und nimmt mit steigendem Einkommen leicht zu, wobei sich eine deutliche ungleichmäßige (stufenartige) Verzögerung erkennen läßt. In der direkten Progression ist der Progressionsgrad bei Einkommen von 300 000 S am größten. Er nimmt dann aufgrund der längeren Stufen und der geringeren "Sprünge" in den Grenzsteuersätzen allmählich ab. Durch die Absetzbeträge ist der Progressionsgrad im unteren Einkommensbereich zwar höher, er sinkt

aber mit zunehmendem Einkommen rascher als im reinen Tarif. Zugleich wird die Progression ungleichmäßiger. Die Verzögerung wird stärker spürbar. Eine Erhöhung des (allgemeinen) Absetzbetrags hat zwei entgegengesetzte Effekte auf den Progressionsverlauf: Auf der einen Seite wird die Progression steiler, der Progressionsgrad somit höher (Abbildung 2). Auf der anderen Seite wird die "innere" Regression in den Stufen durch den höheren Absetzbetrag schwächer, die Progressionskurve wird "glatter". Dennoch wird ab 1987 die Kluft zwischen Grenz- und Durchschnittsteuersätzen in der Einkommensbesteuerung größer. Dieses grundsätzliche Problem der Lohn- und Einkommensteuer verschärft sich somit künftig noch.

Steuerliches Existenzminimum real wieder angehoben

Der allgemeine Absetzbetrag repräsentiert das steuerliche Existenzminimum, das unbesteuert bleiben soll. Es lag 1986 unter Berücksichtigung der Bagatellgrenze bei einem zu versteuernden Jahreseinkommen

Übersicht 3

Unrevidierte Investitionspläne 1986 und 1987
Industrie

Industrie	1986		1987 ¹⁾	
	1 Plan	2 Plan	3 Plan	1. Plan
	Herbst 1985	Frühjahr 1986	Herbst 1986	Herbst 1986
Hochgeschätzte Investitionen in Mill. S				
Industrie insgesamt	47 004	46 858	45 612	45 557
Grundstoffindustrie	9 305	7 857	7 836	6 573
Investitionsgüterindustrie	18 173	18 058	17 724	19 161
Konsumgüterindustrie	19 526	20 943	20 052	19 823
Bergwerke	984	843	725	821
Eisenerzeugende Industrie	2 654	1 635	2 308	2 791
Erdölindustrie	3 629	2 515	2 387	2 226
Stein- und keramische Industrie	1 986	2 105	2 327	2 106
Glasindustrie	786	1 007	883	714
Chemische Industrie	7 762	8 256	8 031	7 115
Papierherzeugung	4 467	3 989	4 241	3 593
Papierverarbeitung	452	445	530	634
Holzverarbeitung	740	970	1 013	853
Nahrungs- und Genußmittel- industrie	3 383	3 515	3 332	3 551
Lederherzeugung	71	38	37	29
Lederverarbeitung	323	407	401	223
Gießereindustrie	511	485	537	583
Metallindustrie	901	1 267	1 145	863
Maschinen-, Stahl- und Eisenbau	4 987	5 213	4 689	4 990
Fahrzeugindustrie	1 813	2 288	1 775	2 768
Eisen- und Metallwarenindustrie	3 115	3 112	3 111	3 105
Elektroindustrie	6 153	6 039	5 677	6 676
Textilindustrie	1 701	2 128	1 900	1 253
Bekleidungsindustrie	586	601	563	663

¹⁾ Ohne Berücksichtigung späterer Revisionen

Übersicht 4

Investitionen, Investitionsquote und Umsätze
Industrie

	Investitionen ¹⁾		Investi- tions- quote in %	Umsätze Nominell			
	Nominell	Real ²⁾		Mill S	Verände- rung ge- gen das Vorjahr in %		
	Mill S	Verände- rung ge- gen das Vorjahr in %	Mill S	Verände- rung ge- gen das Vorjahr in %	Mill S	Verände- rung ge- gen das Vorjahr in %	
1964	9 590	+ 1,7	15 295	- 1,1	7,4	129 329	+ 9,0
1965	10 575	+ 10,3	16 395	+ 7,2	7,7	137 065	+ 6,0
1966	10 993	+ 4,0	16 656	+ 1,6	7,5	146 378	+ 6,8
1967	10 684	- 2,8	15 805	- 5,1	7,0	152 041	+ 3,9
1968	10 457	- 2,1	15 243	- 3,6	6,5	161 603	+ 6,3
1969	12 003	+ 14,8	17 001	+ 11,5	6,6	182 870	+ 13,2
1970	16 055	+ 33,8	21 493	+ 26,4	7,7	209 237	+ 14,4
1971	21 185	+ 32,0	26 681	+ 24,1	8,9	236 711	+ 13,1
1972	24 216	+ 14,3	28 489	+ 6,8	9,1	265 409	+ 12,1
1973	22 409	- 7,5	27 872	- 2,2	8,0	279 456	+ 5,3
1974	25 013	+ 11,6	28 295	+ 1,5	7,4	338 050	+ 21,0
1975	21 509	- 14,0	22 641	- 20,0	6,3	339 030	+ 0,3
1976	22 775	+ 5,9	22 775	+ 0,6	6,0	380 129	+ 12,1
1977	27 836	+ 22,2	26 586	+ 16,7	6,9	400 658	+ 5,4
1978	28 011	+ 0,6	25 769	- 3,1	6,6	421 250	+ 5,1
1979	27 432	- 2,1	24 233	- 6,0	5,8	469 238	+ 11,4
1980	33 243	+ 21,2	27 935	+ 15,2	6,3	527 283	+ 12,4
1981	39 251	+ 18,1	31 053	+ 11,2	7,0	564 308	+ 7,0
1982	33 134	- 15,6	24 969	- 19,6	5,7	582 162	+ 3,2
1983	31 713	- 4,3	23 098	- 7,5	5,4	590 775	+ 1,5
1984	34 392	+ 8,4	24 409	+ 5,6	5,4	638 772	+ 8,1
1985	39 000	+ 13,5	26 900	+ 10,0	5,7	684 698	+ 7,2
1986	46 500	+ 19,0	31 300	+ 16,0	6,9	675 882	- 1,3
1987	47 900	+ 3,0	31 300	± 0,0	7,0	681 839	+ 0,9

¹⁾ Institutsschätzung — ²⁾ Preisbasis 1976

planten Erhöhungen des industriellen Investitionsvolumens aber weitgehend durchgezogen wurden. Eine stärkere Dynamik der Investitionen nach einem Konjunkturtief kommt dann nicht überraschend, wenn man bedenkt, wie tief die Investitionen in der Rezession gesunken sind. Der Anteil der Industrieinvestitionen am Umsatz, der Anfang der siebziger Jahre bei 8,5% gelegen war, ist bis 1983 auf 5% gesunken. Durch die Investitionssteigerungen der letzten Jahre nimmt er wieder auf 7% des Umsatzes zu und nähert sich damit den langfristigen Durchschnittswerten. Der steigende Konkurrenzdruck, die Notwendigkeit, sich auf neue Märkte, neue Produkte und neue Verfahren umzustellen, haben einen "technologischen Investitionsdruck" ausgelöst, der die Industrieunternehmen veranlaßt, ihre Modernisierungspläne trotz der Konjunkturpause durchzuziehen. Bei 27% der Industrieunternehmen ist die Kapazitätserweiterung das wichtigste Investitionsziel; das ist weniger als in den Jahren raschen Wachstums, aber mehr als im Jahr 1985. 51% der Unternehmen geben Rationalisierung als wichtigstes Investitionsziel an, 22% sonstige Zwecke (in diese Gruppe fallen Ersatzinvestitionen ebenso wie energiesparende und Umweltschutzinvestitionen).

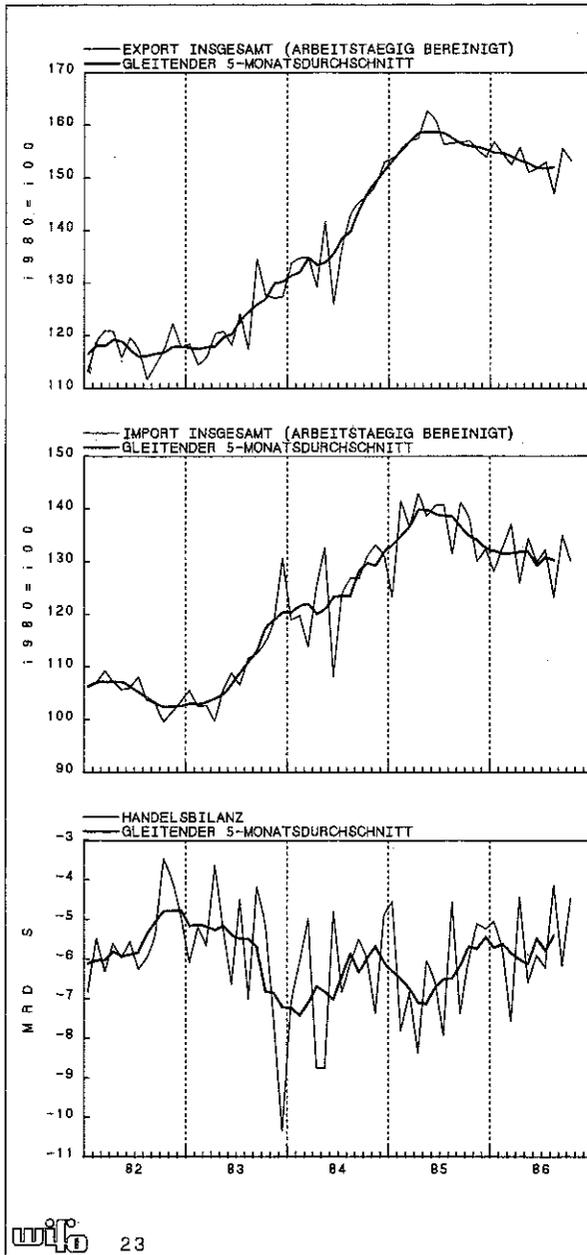
Die Kapazitätsauslastung der Industrie beträgt 1986

83%, das ist ebenso hoch wie 1985 und um 4% höher als im Tiefpunkt 1983. Gegenüber dem Vorjahr gestiegen ist die Kapazitätsauslastung in der papiererzeugenden Industrie, in der Glasindustrie, in der Holzverarbeitenden Industrie, in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie, bei den Gießereien und in der Bekleidungsindustrie. Die Investitionen des Jahres 1986 sollen die Industriekapazität um 3% erweitern. Das ist der höchste Anstieg der Kapazitäten seit 1981. Die größte Kapazitätserweiterung planen die Gießereien, die Eisen- und Metallwaren-, die Elektroindustrie sowie die Glasindustrie.

Rückläufige Industrieumsätze

Nach den Plänen im Herbst dieses Jahres ist der Industrieumsatz 1986 von 686 Mrd. S auf 676 Mrd. S, also um 1,5% zurückgegangen. Da die Industriepreise gesunken sind, ist mit der rückläufigen nominellen Umsatzentwicklung trotzdem eine reale Steigerung im Ausmaß von 1 bis 2 Prozentpunkten verbunden. Die Umsatzentwicklung ist nach Branchen sehr verschieden. Die Umsätze der Grundstoffindustrie sind nach den bisherigen Angaben um 20% gesunken, wovon die Erdölindustrie am stärksten getroffen wurde.

Entwicklung des Außenhandels
Saisonbereinigt



Verbesserung nicht in höhere Nachfrage umsetzen, sondern hauptsächlich zur Bildung von Ersparnissen verwendeten. Insgesamt konnte somit die Erholung der Nachfrage in Westeuropa nicht den Nachfrageausfall in den Entwicklungsländern und den Oststaaten ersetzen und somit auch die Weltwirtschaft nicht stimulieren. Weiters ist auch der hohe Realzins ein Handikap für die Erholung der Weltwirtschaft, da eher Investitionen in das Finanzkapital als in das Sachkapital begünstigt sind, wodurch in der Folge auch keine starken Impulse für die Beschäftigung ausgehen. Auch die starke Abwertung des Dollars dämpfte die Exportentwicklung; davon war insbesondere die Aus-

fuhr nach Nordamerika und in zahlreiche Entwicklungsländer betroffen. Die nominell-effektive Aufwertung des österreichischen Schillings betrug im Zeitraum Jänner bis Oktober 1986 8,6%, real war der Außenwert des Schillings um 6,3% höher als im Vorjahr.

Die Analyse des Außenhandels wird aufgrund technischer Probleme immer schwieriger. Dazu zählen:

- die unverlässliche Preisstatistik, insbesondere im Bereich der Maschinen und Verkehrsmittel,
- die Verzerrung der Exportstatistik durch die fingierten Golddukatenausporte,
- die Saisonschwankungen und die unterschiedliche Zahl der zur Verfügung stehenden Arbeitstage;
- die starke Dollarabwertung macht auch internationale Vergleiche zumindest kurzfristig schwieriger, und sie haben eine geringe Aussagekraft. Werden die Verzerrungen aufgrund der Preis- und Wechselkursentwicklung ausgeschaltet, so kann zwar der reale Entwicklungsverlauf verglichen werden, für eine Volkswirtschaft ist jedoch das nominelle Exportergebnis (der nominelle Marktanteil) entscheidend.

Im folgenden werden Exportwerte ohne Golddukatentransaktionen verwendet. Die globalen Einfuhr- und Ausfuhrwerte wurden mit "adaptierten" Preisen deflationiert. Bei den Gesamtwerten wurden weiters auch die Einflüsse der unterschiedlichen Zahl der zur Verfügung stehenden Arbeitstage und die Saisonschwankungen ausgeschaltet.

Real haben sich die Warenexporte im Jahresverlauf belebt, im III. Quartal 1986 wurde ein Anstieg von 2,3% gegenüber dem Vorjahr verzeichnet, nachdem die Ausfuhr im I. und II. Quartal 1986 um 3,0% bzw. 0,6% zurückgegangen war. Im Durchschnitt der ersten drei Quartale betrug der reale Exportrückgang

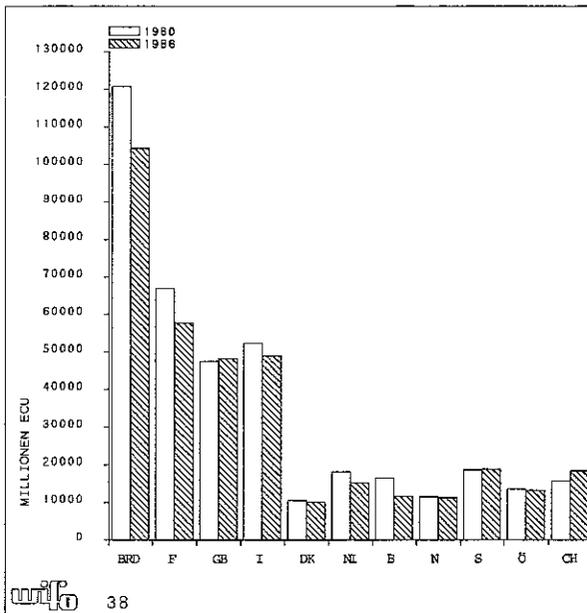
Wichtige Außenhandelsrelationen im III. Quartal 1986

	Ausfuhr		Einfuhr		Ausfuhr Einfuhr	
	Nominell Preise		Nominell Preise		Struktur in %	
	Veränderung gegen das Vorjahr in %		Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Nahrungsmittel	- 98	-108	- 09	- 46	3,0	5,4
Rohstoffe	-106	- 61	-210	-139	5,1	5,1
Holz	- 67	- 18	+ 08	+ 55	2,5	1,2
Brennstoffe	-491	-230	-505	-530	1,1	7,8
Chemische Erzeugnisse	- 63	-150	- 42	- 7,5	8,8	10,1
Bearbeitete Waren	- 57	- 63	- 03	- 3,3	32,8	18,9
Papier	- 11	- 70	+ 48	- 3,3	6,1	1,8
Textilien	- 37	- 28	- 14	- 1,5	5,0	4,1
Eisen, Stahl	-195	- 72	- 09	- 5,8	7,3	3,0
Maschinen, Verkehrsmittel	+ 64	+ 11 ¹⁾	+ 9,7	+ 1,6 ¹⁾	33,1	34,0
Konsumnahe Fertigwaren	± 00	- 11	+ 74	- 14	15,7	17,9
Alle Waren	- 27	- 44 ¹⁾	- 5,5	-10,1 ¹⁾	100,0	100,0

¹⁾ Adaptierte Preise

Abbildung 2

Vergleich des Bauvolumens in Europa
Real



Übersicht 3

Wohnungsneubau in Europa

	1985	1986	1987	1988
Fertiggestellte Wohnungen in 1.000				
BRD	280	240	245	270
Großbritannien	189	185	200	190
Italien	320	300	270	260
Niederlande	98	97	96	93
Österreich	41	41	40	39
Schweiz	44	43	41	40

Q: Euro-Construct Lyon 1986.

veau — 1987 erstmals wieder leichte Produktionszuwächse verzeichnen (1985 — 10,4%, 1986 — 3,9%, 1987 + 1,9%, 1988 + 1,5%). Diese leichte Belebung im Neubau ist überwiegend der stärkeren Nachfrage der privaten Wohnbauinvestoren zu danken, im Mehrgeschoßbau und im sozialen Wohnbau sind infolge zunehmender Sättigungstendenzen und der Zurückhaltung bei öffentlichen Ausgaben keine Impulse zu erwarten. Im Tiefbau werden nach einer längeren Investitionspause wieder verstärkt Infrastrukturprojekte und Umweltschutzinvestitionen geplant. Insgesamt nahm die Bauproduktion im Tiefbau schon 1986 deutlich zu (+ 3,3%), für 1987 und 1988 ist mit einem geringeren Wachstum zu rechnen (+ 2% bzw. + 0,5%). Obschon sich die Bauwirtschaft in Europa derzeit — kurzfristig — belebt, haben alle europäischen Länder auf dem Baumarkt mit ähnlichen Struktur- und Konjunkturproblemen zu kämpfen: Die Arbeitslosigkeit in der Bauwirtschaft ist drastisch gestiegen, die öffentlichen Haushalte lassen wenig Spielraum für große Infrastrukturprojekte, und die Wohnbaupolitik steht in fast allen Ländern vor einer Umstrukturierung. Vor dem Hintergrund dieser Strukturprobleme der nationalen Bauwirtschaften eröffnen sich mittelfristig völlig neue Perspektiven: nämlich durch die Schaffung eines großen europäischen Binnenmarktes.

Übersicht 2

Entwicklung der Bausparten in Westeuropa
bis 1988

Reales Bauvolumen (zu Preisen von 1985)

	Wohnungsneubau	Wirtschaftsbau	Öffentlicher Hochbau	Tiefbau	Renovierung	Insgesamt
Veränderung gegen das Vorjahr in %						
1981	- 9,2	- 4,3	- 3,2	- 3,3	- 1,4	- 4,6
1982	- 6,3	- 2,9	- 1,6	- 3,3	- 0,2	- 3,0
1983	+ 1,9	- 1,8	- 4,0	- 2,7	+ 0,4	- 0,4
1984	- 1,6	+ 2,8	- 2,9	- 2,0	+ 2,1	+ 0,1
1985	- 10,4	+ 2,2	- 2,8	+ 0,1	+ 2,7	- 1,8
1986	- 3,9	+ 4,1	+ 1,7	+ 3,3	+ 2,1	+ 1,4
1987	+ 1,9	+ 3,3	+ 2,9	+ 2,1	+ 1,8	+ 2,1
1988	+ 1,8	+ 1,4	+ 0,4	+ 0,3	+ 1,8	+ 1,5

Q: Euro-Construct Lyon 1986

1988 wird eine Abschwächung des Wachstum auf 3,5% bzw 1,5% erwartet. Auch die verstärkte Nachfrage im Adaptierungs- und Sanierungsbereich hat deutlich zur Belebung der Baukonjunktur beigetragen. Der Sanierungsbereich nimmt in Europa immer stärker an Bedeutung zu, sowohl im Wohnbau als auch im Industriebau und öffentlichen Bau. Insgesamt stieg die europäische Bauproduktion im Sanierungs- und Renovierungsbereich 1986 um 2,1%, für 1987 und 1988 wird ein weiteres Wachstum von rund 2% erwartet.

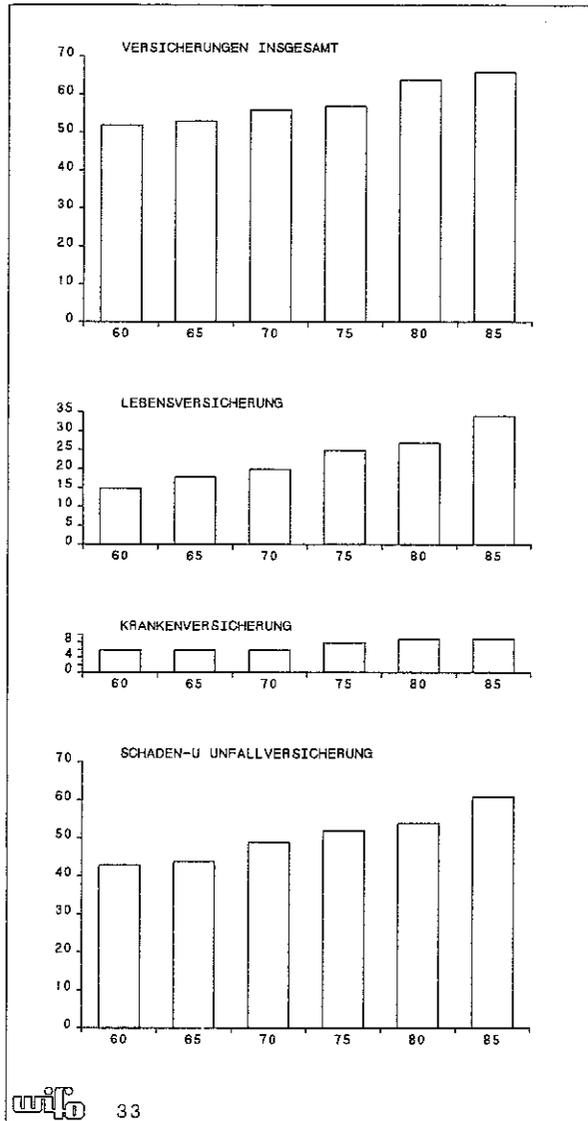
Nach einem starken Schrumpfungsprozeß wird der Wohnungsneubau in nahezu allen westeuropäischen Staaten — ausgehend von einem sehr niedrigen Ni-

Schaffung eines großen Baumarktes in Westeuropa

Die Europäische Gemeinschaft umfaßt — nach der jüngsten Erweiterung um Spanien und Portugal — eine Region mit etwa 320 Mill. Einwohnern und einem Sozialprodukt von rund 2.440 Mrd \$ oder 3.200 Mrd ECU (1985). In den fast 30 Jahren seit ihrer Gründung sind der EG zwar in vielen Bereichen (Zollabbau, Europäisches Währungssystem, Handelspolitik) bedeutende Integrationsfortschritte gelungen, von dem Ziel der Schaffung eines einheitlichen Binnenmarktes blieb sie aber bisher noch weit entfernt. Nicht zuletzt unter dem Eindruck des zunehmenden Rückstands Westeuropas gegenüber den USA und

Abbildung 1

Anzahl der Versicherungsanbieter



zunächst noch zu, und erst Mitte der siebziger Jahre setzte die Gegenbewegung ein; 1985 erreichte der Marktanteil der fünf größten Gesellschaften einen ähnlichen Wert wie 1960⁶⁾. Allerdings sind die Konzentrationsmaße im Schaden- und Unfallbereich aufgrund seiner Heterogenität schwierig zu interpretieren⁷⁾ Deutlicher erkennbar ist der Prozeß abnehmender Konzentration in der Schaden- und Unfallversicherung auf der Ebene der einzelnen Sparten. In fast allen Schaden- und Unfallsparten lag das Konzentrationsmaß 1985 beträchtlich unter seinem Wert von 1960.

Im Vergleich zur Bundesrepublik Deutschland, für die entsprechende Daten vorliegen⁸⁾, ist die Konzentration der Versicherungswirtschaft in Österreich allerdings deutlich höher. Das hier verwendete Konzentrationsmaß betrug in Deutschland im Jahr 1980 35% in der Lebensversicherung, 57% in der Krankenversicherung und 28% in der Schaden- und Unfallversicherung⁹⁾.

Lebensversicherung

In der Lebensversicherung hat sich 1985 die bereits in den Vorjahren festgestellte Wachstumsbelegung weiter verstärkt. Die Bruttoprämien stiegen gegenüber 1984 um 14,8% auf 16,3 Mrd. S, die Nettoprämien sogar um 15,9% auf 13,7 Mrd. S. Die Diskussion der letzten Jahre über die Grenzen der öffentlichen Altersversorgung könnte den privaten Lebensversicherungen zugute gekommen sein.

Der Überschuß aus der Finanzgebarung, der in der Lebensversicherung eine weitaus größere Rolle spielt als in den anderen Versicherungszweigen, nahm gegenüber 1984 um 11,8% auf 7,3 Mrd. S zu, das sind rund 45% der Bruttoprämien.

Erwartungsgemäß expandierten 1985 die Leistungen der Lebensversicherungen beträchtlich. Sie betragen 8,2 Mrd. S und waren damit um 2 Mrd. S oder fast ein Drittel höher als 1984. Dazu trugen vor allem die Leistungen aufgrund jener Polizzen mit zehnjähriger Laufzeit bei, die Mitte der siebziger Jahre (wie auch in den Folgejahren bis 1979) infolge der damaligen Son-

übrigen Schaden- und Unfallsparten während der siebziger Jahre

Erwartungsgemäß bewirkte die Zunahme der Zahl der Anbieter, daß sich die Konzentration auf den Versicherungsmärkten verringerte. Besonders ausgeprägt war dies in der Lebensversicherung, in der der Anteil der (gemessen an den Prämieinnahmen) fünf größten Gesellschaften am Gesamtprämienvolumen von 73,6% im Jahr 1960 auf 57,6% 1985 zurückging. In der Krankenversicherung sank das gleiche Konzentrationsmaß von 99% auf 88,4%⁵⁾. In der Schaden- und Unfallversicherung hingegen nahm die Konzentration

⁵⁾ In der Krankenversicherung in der es bis in die erste Hälfte der siebziger Jahre nur sechs Anbieter gab, ist der Marktanteil der fünf größten Gesellschaften ein problematisches Konzentrationsmaß. Andere Maße — etwa der Anteil der drei größten Anbieter — zeigen jedoch den gleichen Verlauf.

⁶⁾ Die Konzentrationsmaße für die Hauptversicherungszweige sind allerdings insofern verzerrt, als in den Prämien auch das Auslandsgeschäft enthalten ist. Der dadurch verursachte Fehler dürfte jedoch, insbesondere bei den Lebens- und den Krankenversicherungen, wenig ins Gewicht fallen.

⁷⁾ Siehe dazu Farny, D., Ackermann, P., Ulrich, R., Vogel, N., Die deutsche Versicherungswirtschaft: Markt — Wettbewerb — Konzentration Verlag Versicherungswirtschaft Karlsruhe 1983, S. 105f.

⁸⁾ Farny et al. (1983), S. 100-111 sowie Anhang B.

⁹⁾ Ein ähnlicher Befund über die unterschiedliche Konzentration in Österreich und Deutschland gilt auch für die Kreditunternehmungen; siehe hierzu Handler, H., Mooslechner, P., "Hintergründe und ökonomische Aspekte der Novellierung des Kreditwesengesetzes 1986" WIFO-Monatsberichte, 12/1986, S. 762.

des vorigen Jahres kaum Zunahmen gegenüber 1985. Erst im Dezember begann sie zu steigen und erreichte im Jänner einen Zuwachs von 6.200 Personen. Für die zuletzt im Baugewerbe tätig gewesenen Arbeitslosen gilt das gleiche, aber auf höherem Niveau: Im Jänner 1987 übertraf ihr Stand jenen des vorangegangenen Jahres um 11.900 Personen. Die letztgenannte Veränderung wird durch die Beschäftigtenstatistik des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger vorerst nicht bestätigt, da diese in der Bauwirtschaft einen Rückgang von nur 6.700 Unselbständigen ausweist. Freilich bleibt abzuwarten, ob sich diese Differenz gegenüber den zuletzt genannten Arbeitslosenzahlen nicht nur durch eine meldungsbedingte Verzögerung erklärt.

Obwohl die uneinheitlichen Statistiken kein eindeutiges Bild ergeben, läßt sich doch feststellen, daß die Veränderungen der Baubeschäftigung und -arbeitslosigkeit die Verschlechterung der gesamten Arbeitsmarktsituation im Winter nur zum Teil erklären. Das zeigt auch ein Vergleich der Beschäftigungsveränderungen nach Wirtschaftsklassen im Jänner.

Die Arbeitslosigkeit ist im Vorjahresvergleich in sämtlichen Branchen des sekundären Sektors kräftig gestiegen — in manchen ist die Zunahme relativ deutlich höher als in den Bauberufen. Diese Entwicklung entspricht dem Beschäftigungsrückgang in fast allen Produktionsbereichen — eine Ausnahme bilden nur die Papierproduktion und das Verlagswesen. Sehr unterschiedlich entwickeln sich dagegen Beschäftigung und Arbeitslosigkeit im Dienstleistungssektor. Die Beschäftigung übertraf auch im Jänner in sämtlichen Bereichen mit Ausnahme der Haushaltung und -wartung den Vorjahresstand. Dennoch hat die Arbeitslosigkeit in vielen Berufen deutlich zugenommen. Bemerkenswert scheint ihr überdurchschnittlicher Anstieg in den technischen Berufen — der freilich zahlenmäßig nicht ins Gewicht fällt — und in den gewichtigeren Gruppen Handel sowie Büro-, Gesundheits- und Lehrberufe. Alle diese Entwicklungen deuten darauf hin, daß die Verschlechterung der Arbeitsmarktsituation im Winter nicht nur Saisonfaktoren, sondern auch Konjunkturfaktoren zugeschrieben werden kann. Dafür spricht auch der Umstand, daß

Übersicht 1
Unselbständig Beschäftigte im Jänner 1987
Wirtschaftsklassen

	Stand	Veränderung gegen das Vorjahr	
		absolut	in %
<i>Land- und Forstwirtschaft</i>	21 957	- 1 229	- 5,3
<i>Bergbau, Industrie und Gewerbe</i>	1 005 816	- 22 096	- 2,1
Energie- und Wasserversorgung	33 067	+ 158	+ 0,5
Bergbau Steine und Erden	20 008	- 952	- 4,5
Nahrungsmittel, Getränke Tabak	96 923	- 1 439	- 1,5
Textilien	41 108	- 3 149	- 7,1
Bekleidung und Schuhe	52 134	- 3 121	- 5,6
Leder und -ersatzstoffe	3 620	- 267	- 6,9
Holzverarbeitung	77 329	- 1 824	- 2,3
Papierherstellung und -verarbeitung	21 577	+ 200	+ 0,9
Graphisches Gewerbe Verlagswesen	33 571	+ 211	+ 0,6
Chemie	67 874	- 616	- 0,9
Stein- und Glaswaren	29 006	- 983	- 3,3
Erzeugung und Verarbeitung von Metallen	363 993	- 3 607	- 1,0
Bauwesen	165 606	- 6 707	- 3,9
<i>Dienstleistungen</i>	1 638 287	+ 23 111	+ 1,4
Handel	368 255	+ 1 307	+ 0,4
Beherbergungs- und Gaststättenwesen	122 662	+ 753	+ 0,6
Verkehr	209 445	+ 1 557	+ 0,7
Geldwesen und Privatversicherung	99 796	+ 2 037	+ 2,1
Rechts- und Wirtschaftsdienste	72 527	+ 1 251	+ 1,8
Körperpflege und Reinigung	47 659	+ 30	+ 0,1
Kunst, Unterhaltung, Sport	24 755	+ 438	+ 1,8
Gesundheits- und Fürsorgewesen	89 255	+ 3 272	+ 3,8
Unterricht und Forschung	118 566	+ 2 805	+ 2,4
Öffentliche Körperschaften	447 316	+ 10 450	+ 2,4
Haushaltung	6 118	- 44	- 0,7
Hauswartung	31 933	- 745	- 2,3
<i>Präsenzdiener</i>	14 968	- 51	- 0,3
<i>Karenzurlaubsgeld-Bezieherinnen</i>	30 589	+ 554	+ 1,8
<i>Insgesamt</i>	2 711 617	+ 289	+ 0,0

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger

Übersicht 2
Vorgemerkte Arbeitslose im Jänner 1987
Berufsgruppen

	Stand	Veränderung gegen das Vorjahr	
		absolut	in %
Land- und forstwirtschaftliche Berufe	11 424	+ 903	+ 8,6
Bergbauberufe	63	+ 18	+ 40,0
Steinarbeiter Glasarbeiter	3 859	+ 198	+ 5,4
Bauberufe	62 619	+ 6 155	+ 10,9
Metallarbeiter Elektriker	23 801	+ 3 425	+ 16,8
Holzverarbeiter	8 644	+ 654	+ 8,3
Ledererzeuger und -bearbeiter	385	+ 128	+ 49,8
Textilberufe	1 590	+ 520	+ 48,6
Bekleidungs- und Schuhhersteller	5 157	+ 852	+ 19,8
Papierhersteller und -verarbeiter	570	+ 64	+ 12,6
Graphische Berufe	985	+ 155	+ 18,7
Chemie- und Gummiarbeiter	1 783	+ 238	+ 15,4
Nahrungs- und Genußmittelhersteller	3 298	+ 320	+ 10,7
Maschinen, Heizer	6 278	+ 618	+ 10,9
Hilfsberufe allgemeiner Art	13 462	+ 652	+ 5,1
Handelsberufe	15 618	+ 2 510	+ 19,1
Verkehrsberufe	11 504	+ 1 172	+ 11,3
Boten, Diener	236	+ 27	+ 12,9
Fremdenverkehrsberufe	17 766	+ 2 356	+ 15,3
Hausgehilfen	1 905	+ 225	+ 13,4
Reinigungsberufe	6 902	+ 717	+ 11,6
Friseure Schönheitspfleger	2 311	+ 177	+ 8,3
Sonstige Dienstleistungsberufe	1 147	+ 142	+ 14,1
Technische Berufe	3 644	+ 912	+ 33,4
Verwaltungsfachbedienstete			
Sicherheitsorgane	135	+ 17	+ 14,4
Juristen, Wirtschaftsberater	329	+ 78	+ 31,1
Allgemeine Verwaltungs- und Büroberufe	21 724	+ 3 805	+ 21,2
Gesundheitsberufe Fürsorge			
Sozialarbeiter	3 314	+ 631	+ 23,5
Berufe des religiösen Dienstes	20	+ 6	+ 42,9
Lehr- Kultur- und Verwaltungsberufe	3 630	+ 826	+ 29,5
<i>Insgesamt</i>	234 103	+ 28 511	+ 13,9

Q: Bundesministerium für soziale Verwaltung

men um 19% bis 20% zu²⁾ Real sind somit die Ostexporte um etwa 8% geschrumpft, wobei einem Rückgang der Ausfuhr in die Sowjetunion um 15% eine Zunahme der Ausfuhr nach Osteuropa um 2% gegenüberstand. Dieses Ergebnis entspricht auch weitgehend den Erwartungen³⁾. Die Ostexporte haben im Vorjahr die Exportdynamik der Industriestaaten gedämpft: Die Gesamtausfuhr der OECD ist real um 2%, nominell um 17% gestiegen. Ein recht aufnahmebereiter Markt für westliche Pro-

dukte war im Vorjahr die DDR (+43%, einschließlich innerdeutscher Handel +31%)⁴⁾. Bulgarien hat, nach einer Expansion in der ersten Jahreshälfte (+58%), im Herbst die Importbremse angezogen. Rumänien hingegen lockerte — nach einer mehrjährigen starken Austeritätspolitik — die Importschleusen im Vorjahr etwas. Am geringsten stiegen die Ostexporte — neben der Sowjetunion — nach Polen. Im Wettbewerb auf dem Ostmarkt haben Lieferanten aus Westeuropa zulasten der USA und Kanadas Marktanteile gewonnen. Zu diesem Ergebnis hat freilich auch der Wechselkurs beigetragen. Auf dem sowjetischen Markt haben vor allem die BRD, die Schweiz, Großbritannien, Österreich und Japan ihre Position ausgebaut, Frankreich, die Niederlande und Schweden mußten Marktanteilsverluste hinnehmen. In Osteuropa (ohne Sowjetunion) waren unter anderem Frankreich und die Schweiz erfolgreich, Finnland, Österreich und Schweden haben Marktanteile verloren.

²⁾ Die Exportpreise in nationaler Währung sind in fast allen Industriestaaten zurückgegangen. Die Preise in Dollar sind das Produkt der Preisveränderung in nationaler Währung und der Änderung des Wechselkurses gegenüber dem Dollar. Die Exportpreise der Industriestaaten (in Dollar) insgesamt sind 1986 um 15% gestiegen, die Exportpreise Westeuropas um etwa 24%. Die Schätzung der Preise im Ostexport schließt eine beträchtliche Unsicherheitsmarge ein.

³⁾ Prognostiziert wurde ein Rückgang der realen Ostexporte um 8% bis 9% (vgl. hierzu *Stankovsky, 1986C S ii*)

Übersicht 2

Ost-West-Handel
Nominell, auf Dollarbasis

	Exporte		Importe		Handelsbilanz	
	1985	1986 ¹⁾	1985	1986 ²⁾	1985	1986 ²⁾
	Veränderung gegen das Vorjahr					
	in %		in Mrd. \$			
<i>Handel der Industrieländer mit</i>						
Osteuropa ³⁾	+ 7,6	+23,6	- 2,0	+12,5	+ 1,2	+ 0,7
Einschließlich innerdeutscher Handel	+ 9,7	+23,8	- 2,3	+14,0	+ 1,8	+ 0,7
Bulgarien	+28,9	+31,6	- 3,5	+ 5,7	+ 0,4	+ 0,4
ČSSR	+15,7	+27,0	- 2,8	+16,2	+ 0,4	+ 0,0
DDR	-17,1	+42,5	- 1,0	+18,4	- 0,3	+ 0,1
Einschließlich innerdeutscher Handel	+ 3,9	+31,0	- 2,6	+20,9	+ 0,3	+ 0,2
Polen	+ 5,4	+ 4,9	- 0,9	+ 6,0	+ 0,2	- 0,1
Rumänien	+ 2,6	+28,2	- 6,2	+10,4	+ 0,3	+ 0,1
Ungarn	+12,3	+25,8	+ 2,9	+18,1	+ 0,2	+ 0,2
UdSSR	- 4,6	+ 1,1	- 9,0	- 6,0	+ 1,3	+ 0,9
Oststaaten	- 0,3	+ 9,4	- 6,3	+ 1,6	+ 2,5	+ 1,5
Einschließlich innerdeutscher Handel	+ 1,0	+10,5	- 6,2	+ 2,9	+ 3,1	+ 1,6
Welt	+ 3,7	+18,0	+ 4,0	+14,5	- 7,4	+14,8

Mrd \$

	1985		1986 ¹⁾		1985		1986 ²⁾	
	Veränderung gegen das Vorjahr							
	in %		in Mrd. \$					
<i>Handel der Industrieländer mit</i>								
Osteuropa ³⁾	12,9	10,8	15,7	11,1	- 2,8	- 1,4		
UdSSR	20,9	15,2	23,3	13,4	- 2,4	0,3		
Oststaaten	33,8	26,1	39,0	24,5	- 5,2	- 1,2		

Veränderung gegen das Vorjahr
in % in Mrd. \$

<i>Handel mit den Oststaaten</i>								
	1985		1986 ¹⁾		1985		1986 ²⁾	
	Veränderung gegen das Vorjahr							
	in %		in Mrd. \$					
Westeuropa	+ 4,6	+14,8	- 6,2	- 1,1	- 0,1	+ 0,5		
Österreich	+ 0,8	+17,9	- 1,4	+ 7,1	+ 0,0	+ 0,1		
BRD	+ 3,2	+27,5	- 0,8	+ 9,8	+ 0,3	+ 0,7		
Frankreich	- 1,8	- 4,3	- 0,9	+23,7	- 0,0	- 0,6		
Großbritannien	-11,9	+16,4	-12,3	+ 9,4	+ 0,1	+ 0,0		
USA	-23,3	-32,0	-10,2	+ 7,5	- 0,8	- 0,8		
Japan	+11,3	+17,2	- 3,4	+49,2	+ 0,4	- 0,2		

Q: OECD. — ¹⁾ Jänner bis September — ²⁾ Jänner bis August — ³⁾ Europäische Oststaaten ohne UdSSR

Osthandelsbilanz ausgeglichen

Die OECD-Importe aus der Sowjetunion blieben mit 19 Mrd. \$ nominell um 16% unter dem Vorjahresniveau. Der Ausfall der Deviseneinnahmen war allerdings geringer als erwartet, da die Sowjetunion ihre Erdölproduktexporte der Menge nach bedeutend ausweiten konnte (vgl. hierzu weiter unten). Insgesamt sind die sowjetischen Exporte in den Westen real um etwa 12% gestiegen, die Preise der sowjetischen Exportgüter fielen hingegen im Durchschnitt um 25%. Aus Osteuropa haben die OECD-Länder dem Wert nach um 11% mehr importiert, real um 2% mehr. Die Preise der osteuropäischen Güter dürften auf Dollarbasis um etwa 9% gestiegen sein. Die osteuropäischen Länder haben zwar ihre Lieferungen von Mineralölprodukten real ausgeweitet, waren aber bei anderen Waren im Westen weniger erfolgreich. Dazu hat auch die Katastrophe von Tschernobyl beigetragen, in deren Folge mehrere westeuropäische Länder vorübergehend ihre Agrarimporte aus Osteuropa einschränkten. Diese Lieferausfälle können auf etwa 100 Mill. \$ geschätzt werden. Insgesamt sind die Importe aus den Oststaaten mit knapp 37 Mrd. \$ um etwa 5% zurückgegangen.

Die Osthandelsbilanz der OECD hat sich — nach westlichen Statistiken — von einem Defizit in der Höhe von 4,9 Mrd. \$ 1985 in einen Überschuss von 0,1 Mrd. \$ 1986 gedreht; einen aktiven Saldo ergab die Osthandelsbilanz der OECD zuletzt 1979. Im Handel mit der Sowjetunion kam es zu einer Saldendrehung um fast 4 Mrd. \$, das Passivum gegenüber Ost-

⁴⁾ Ergebnisse für die Monate Jänner bis September zu laufenden Preisen.

fizits sind nur teilweise nachfragedämpfend. Die höheren Einnahmen ergeben sich zum Teil aus einer verstärkten Rücklagenauflösung und einer Verringerung des Abgeltungsbetrags an den Familienlastenausgleichsfonds, wodurch die dem Bund verbleibenden Einnahmen aus der Lohn- und Einkommensteuer steigen.

Ferner bringt die *Privatisierung* 1987 rund 0,55 Mrd. S an zusätzlichen Einnahmen im Vergleich zum ursprünglichen Entwurf. Sie führt außerdem zu Ausgabeneinsparungen von 0,52 Mrd. S, weil der Bund an den vorgesehenen Kapitalerhöhungen bei den verstaatlichten Banken nicht teilnimmt. Dazu kommt, daß die ÖIAG die zusätzlichen 0,6 Mrd. S für 1987 durch Privatisierungsmaßnahmen selbst aufbringen soll und nicht aus dem Bundshaushalt bekommt. Insgesamt wird daher das Defizit im Bundesvoranschlag 1987 durch die verstärkte Privatisierung im Vergleich zum ursprünglichen Entwurf um rund 1,7 Mrd. S verringert. Alle diese Privatisierungsmaßnahmen beeinflussen vor allem die Vermögensverhältnisse und sind nicht unmittelbar nachfragewirksam.

Unmittelbar nachfragewirksam ist hingegen die Verminderung der sogenannten Ermessensausgaben um 3%. Dadurch konnten die Ausgaben im modifizierten Voranschlag 1987 im Vergleich zum provisorischen Entwurf um rund 1,9 Mrd. S gesenkt werden. Die Verringerung der Zweckbindung bei den Fernsprecheinahmen der Post von 40% auf 37%, die im neuen Entwurf im Gegensatz zum ursprünglichen vorgesehen ist, bringt eine Ausgabeneinsparung von knapp 0,7 Mrd. S. Sie trifft zwar im Bundshaushalt formal die nachfragewirksamen Ausgaben, diese Ausgabeneinschränkung kann aber durch andere Finanzierungen der Post wettgemacht werden, sodaß tatsächlich unmittelbar keine Schmälerung der Nachfrage eintreten dürfte.

Insgesamt läßt sich erkennen, daß die Veränderungen im neuen Voranschlag die Nachfragewirkungen viel schwächer dämpfen als die Verringerung des Defizits im Vergleich zum ursprünglichen Entwurf vermuten ließe.

Dilemma zwischen kurz- und mittelfristigen Aspekten

Die Wirtschaftsentwicklung im Jahr 1986 wich von der Prognose ab, die dem Voranschlag zugrunde lag, wobei einige Komponenten überschätzt, andere hingegen unterschätzt wurden. Das reale Wachstum und die Arbeitslosigkeit entwickelten sich 1986 ungünstiger als ursprünglich angenommen, auch der private Konsum war schwächer. Die Preise zeigten eine unterschiedliche Abweichung. Die Verbraucherpreise stiegen 1986 deutlich schwächer als im Herbst 1985 prognostiziert, das gesamtwirtschaftliche Preisniveau

hingegen erhöhte sich stärker. Dadurch entsprach die nominelle Wachstumsrate des Brutto-Inlandsproduktes 1986 ziemlich genau dem der Budgeterstellung zugrunde gelegten Wert. Die Löhne und Gehälter nahmen ebenfalls stärker zu als prognostiziert.

Die Kapazitätsauslastung der österreichischen Wirtschaft ist 1986 erstmals seit 1982 gesunken. Diese Abschwächung wird sich 1987 fortsetzen und möglicherweise sogar verstärken. Die Kapazitätsauslastung könnte heuer auf das Niveau des Jahres 1982 sinken und damit wieder deutlich unter dem langjährigen Durchschnitt liegen.

Die *konjunkturellen Rahmenbedingungen* stützen daher 1987 die Budgetkonsolidierung nicht. Der Bundshaushalt ist somit deutlich vom Dilemma zwischen den kurzfristigen Aspekten einer Stützung der Nachfrage und den mittelfristigen Erfordernissen der Budgetkonsolidierung geprägt. Die Regierung hat im Voranschlag 1987 die Konsolidierung deutlich in den Vordergrund gestellt.

Der *vorläufige Erfolg* für 1986 zeigt, daß der Bundshaushalt im vergangenen Jahr *expansiv* gewirkt haben dürfte. Die inlandwirksamen Einnahmen sind deutlich schwächer als das Produktionspotential gestiegen. Ihr Anteil am Produktionspotential ging auf 23,8% zurück (1985 24,2%). Die Entzugseffekte der Einnahmen wurden somit deutlich schwächer. Gleichzeitig hat der Bund durch seine inlandwirksamen Ausgaben das Produktionspotential etwas stärker beansprucht als in den Vorjahren. Die Quote stieg 1986 auf 27,4% (1985 27,2%, 1984 26,7%). Der spürbare Anstieg des nachfragewirksamen Saldos läßt ebenfalls erkennen, daß vom Bundshaushalt 1986 expansive Impulse ausgegangen sein dürften.

Im Jahr 1987 werden sich die Entzugseffekte der Einnahmen weiter abschwächen. Neben der abnehmen-

Übersicht 2

Potential Output und Bundshaushalt

	Inland- wirksame Ausgaben	Inland- wirksame Einnahmen	Steuern brutto	Steuern netto
	Anteil am Potential Output in %			
Ø 1970/1974	24,2	24,1	22,2	14,3
1975	26,7	22,9	21,8	13,7
1976	26,9	23,3	21,7	13,7
1977	26,6	23,8	22,2	14,2
1978 ¹⁾	26,5	23,2	22,1	13,8
1979 ¹⁾	26,6	23,8	22,5	14,3
1980 ¹⁾	26,5	24,2	22,6	14,1
1981 ¹⁾	26,6	24,6	23,1	14,6
1982 ¹⁾	26,9	23,4	21,7	13,7
1983 ¹⁾	27,8	23,5	21,8	13,8
1984 ¹⁾	26,7	23,7	22,6	14,4
1985 ¹⁾	27,2	24,2	23,1	14,7
1986 vorläufiger Erfolg ¹⁾	27,4	23,8	22,8	14,4
1987 Bundesvoranschlag ¹⁾	27,4	23,2	22,3	14,0

¹⁾ Ohne Umstellung von Kinderabsetzbeträgen zu Familienbeihilfen und Aufhebung der Selbstträgerschaft bei Familienbeihilfen bei Bahn und Post.

verbessern (gemessen mit "echten" Preisen sogar um 20,6%⁴⁾), Frankreich um 11,0%, Japan um 41,7%; in der Schweiz machte allerdings der Gewinn nur 7,7% aus. Die Terms of Trade der Industriestaaten insgesamt haben sich um 9,3% verbessert.

Für Österreich ist vor allem der Vergleich mit der Bundesrepublik Deutschland wichtig. Die Exportpreise beider Länder haben sich 1985 und 1986 sehr ähnlich entwickelt, 1985 gab es auch bei den Importpreisen keine größeren Unterschiede⁵⁾. Im Jahr 1986 aber haben sich die deutschen Importe (-16%) viel deutlicher verbilligt als die österreichischen (-8,9%)

Ein Vergleich der Preisentwicklung im Gesamtimport nach Warengruppen (SITC-Einsteller) zeigt (Übersicht 2), daß etwa zwei Drittel des deutschen Preisvorteils auf günstigere Importpreise bei einzelnen Warengruppen und etwa ein Drittel auf die diesmal günstigere Warenstruktur im Import der Bundesrepublik zurückzuführen sind⁶⁾. Mit österreichischen Importanteilen gewichtet, hätte sich die deutsche Ein-

⁴⁾ Die echten (erhobenen) Preise messen die Entwicklung der Kontraktpreise; sie reagieren somit in der Regel viel schneller auf Preisänderungen als die üblicherweise verwendeten Durchschnittswerte die Transaktionspreise messen.

⁵⁾ Vgl. hierzu näher "Die österreichische Wirtschaft im Jahr 1986", Abschnitt "Außenhandel", in diesem Heft.

⁶⁾ Im deutschen Import haben Warengruppen mit überdurchschnittlicher Verbilligung ein größeres Gewicht als in Österreich. So entfielen 1985 in Deutschland auf Brennstoffe 19,9% der Einfuhren, in Österreich nur 14,9%. Es wäre möglich, daß der raschere Preisrückgang in Deutschland bei einzelnen Warengruppen ebenfalls zum Teil strukturbedingt ist, d. h. daß in Deutschland innerhalb der Warengruppen die überdurchschnittlich verbilligten Positionen stärker als in Österreich vertreten sind

Übersicht 1

Terms of Trade und Wechselkurse im internationalen Vergleich

	1985		1986		Veränderung gegen das Vorjahr in %
	Terms of Trade	Wechselkurs Dollar je Landeswährung (MERM)	Terms of Trade	Wechselkurs Dollar je Landeswährung (MERM)	
Österreich	+ 0,3	- 3,3	+ 0,1	+ 5,9	+ 35,5
BRD	+ 1,2	- 3,3	- 0,2	+ 15,1	+ 35,6
BRD ¹⁾	+ 1,3			+ 20,6	
Schweiz	- 4,8	- 4,4	- 1,1	+ 7,7 ²⁾	+ 36,6
Schweden ³⁾	+ 1,4	- 3,9	- 0,6	+ 12,1 ²⁾	+ 20,8
Belgien	+ 2,1	- 2,7	+ 0,7	+ 8,1 ²⁾	+ 32,9
Dänemark	+ 0,5	- 2,3	+ 1,4	+ 6,6 ⁴⁾	+ 31,0
Großbritannien	+ 2,5	- 3,5	- 0,5	+ 3,3 ⁴⁾	+ 14,2
Frankreich	+ 3,0	- 2,7	+ 0,9	+ 11,0 ⁵⁾	+ 29,7
Japan	+ 3,4	- 0,4	+ 2,4	+ 41,7 ²⁾	+ 41,5
USA	+ 1,9		+ 4,5	+ 3,6 ²⁾	- 18,4
Westliche Industriestaaten	+ 1,3			+ 9,3 ¹⁾	

Q: IMF Statistisches Bundesamt Wiesbaden — ¹⁾ "Echte" (erhobene) Preise — ²⁾ Jänner bis November — ³⁾ Jänner bis September — ⁴⁾ Jänner bis Oktober — ⁵⁾ Jänner bis August

Übersicht 2

Importpreise Österreichs und der BRD nach Warengruppen

	Österreich		BRD	
	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Gewichte in %	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Gewichte in %
Ernährung	- 6,3	5,4	- 6,1	9,6
Rohstoffe	- 15,0	6,3	- 18,1	6,9
Brennstoffe	- 45,1	14,9	- 50,0	19,9
Chemische Erzeugnisse	- 7,2	10,0	- 10,9	8,9
Bearbeitete Waren	- 2,4	18,2	- 8,0	16,1
Maschinen, Verkehrsmittel	+ 2,2	29,8	- 3,5	22,8
Konsumnahe Fertigwaren	- 1,7	14,4	- 7,2	11,4
Alle Waren	- 8,9	100,0	- 16,0	100,0
Alle Waren ¹⁾	- 13,8		- 13,8	

Q: Österreichisches Statistisches Zentralamt, Statistisches Bundesamt Wiesbaden, eigene Berechnungen — ¹⁾ Hypothetische Veränderung unter der Annahme der österreichischen Importanteile (Gewichte) und der deutschen Veränderungsdaten bei den einzelnen Warengruppen

fuhr 1986 nicht um 16,0%, sondern nur um 13,8% verbilligt

Die Importpreise von Brennstoffen gingen in Deutschland um 50% zurück, in Österreich um nur 45,1%. Erdöl allein verbilligte sich in Österreich etwa gleich stark wie in Deutschland. Preisdifferenzen von etwa 6 Prozentpunkten zugunsten Deutschlands gab es bei bearbeiteten Waren (-2,4% gegen -8,0%), Maschinen und Verkehrsmitteln sowie konsumnahen Fertigwaren, etwas geringer waren die Unterschiede bei chemischen Erzeugnissen und Rohstoffen. Die Verbilligung von Nahrungsmitteln war in beiden Ländern etwa gleich groß.

Die Differenzen sind bei homogenen Gütergruppen geringer als bei den Produktgruppen der Fertigwaren, für die Durchschnittswerte als Preise weniger geeignet sind. Es wäre daher denkbar, daß die tatsächliche Importverbilligung in Österreich größer war als nach dieser impliziten Preisstatistik. Das würde wieder bedeuten, daß die Importe in Österreich im Vorjahr real stärker zunahm als ausgewiesen.

Ein Vergleich des deutschen und des österreichischen Außenhandels nach Regionen zeigt für die Exportpreise sowie auch für die Importpreise 1985 wieder eine recht gute Übereinstimmung zwischen beiden Ländern. Das gleiche gilt auch 1986 für die meisten Regionen. Erhebliche Unterschiede gibt es aber bei den Preisen der Einfuhr aus der EG: Diese sanken in Österreich um nur 1,5%, in Deutschland hingegen um 12,7% (Übersicht 3). Das dürfte vor allem auf die starke Marktposition der deutschen Importeure innerhalb der EG zurückzuführen sein, während die österreichische Abnehmerposition viel schwächer ist.

Ein Vergleich der österreichischen und deutschen

Mit dem Ende des Konjunkturaufschwungs verlangsamte sich auch die Beschäftigungszunahme im 2. Halbjahr 1986. Insgesamt wurden im Jahresdurchschnitt 1986 um 0,7% mehr Beschäftigte gezählt als im Vorjahr. Allerdings scheint die Beschäftigungszunahme zum Teil durch eine Verringerung der Arbeitszeit kompensiert worden zu sein. Da das Arbeitskräfteangebot auch 1986 wieder stark stieg, erhöhte sich die Arbeitslosigkeit trotz des Beschäftigungswachstums. Die Arbeitslosenrate stieg im Jahresdurchschnitt gegenüber 1985 um 0,4 Prozentpunkte auf 5,2%. Die Analyse der regionalen Arbeitsmärkte geht diesmal über das abgelaufene Jahr hinaus und bezieht den gesamten Konjunkturzyklus mit ein. Sie wird in einem eigenen, vom Wirtschaftsbericht über die Bundesländer getrennten Aufsatz publiziert¹⁾

Industriestruktur begünstigt Wirtschaftswachstum in Wien und den westlichen Bundesländern

Die regionalen Unterschiede im Wirtschaftswachstum beruhen weiterhin in erster Linie auf der differenzierten Nachfrage nach verschiedenen Wirtschaftsleistungen und auf damit verbundenen strukturellen Anpassungsproblemen. Die Entwicklung im abgelaufenen Jahr war im großen und ganzen von komparativen Vor- und Nachteilen in der Industrie geprägt: Die Inlandsnachfrage und die Exporte in die benachbarte Bundesrepublik Deutschland begünstigten die Industrie von Wien und den westlichen Bundesländern, wogegen die meisten anderen Bundesländer mit den Schwierigkeiten im Grundstoffbereich zu kämpfen hatten. Die einzige Ausnahme bildete das Burgenland, wo sich trotz des Wachstums der Industrieproduktion (keine nennenswerte Grundstoffindustrie) die gesamte Regionalwirtschaft unterdurchschnittlich entwickelte. Auch die Bauwirtschaft war bis zu einem gewissen Grad von der regionalen Industriekonjunktur abhängig, während Reiseverkehr und Handel weniger stark regional geprägt waren.

Am stärksten wuchs die Wirtschaft diesmal in Wien und Salzburg. In beiden Bundesländern entwickelte sich die Industrie überdurchschnittlich, mit der Ausweitung der Produktion (insbesondere von Investitions- und Konsumgütern) war eine überdurchschnittliche Produktivitätssteigerung verbunden. Weiters gingen von der öffentlichen Hand Wachstumsimpulse auf die Bauwirtschaft aus, wobei in Wien der Schwerpunkt im Tiefbau (U-Bahnbau) und in Salzburg eher im Hochbau lag. Darüber hinaus konnte die Salzburger Fremdenverkehrswirtschaft (im Gegensatz zu Wien) die Ausfälle im Städtetourismus durch Gewinne auf den Nahmärkten sehr gut verkraften.

¹⁾ Siehe Geldner N., "Unterschiede und Ausgleichskräfte auf den regionalen Arbeitsmärkten", in diesem Heft

In Vorarlberg setzte sich die gute Wirtschaftsentwicklung des Vorjahres fort. Die Industrie wuchs vor allem im technischen Verarbeitungs- und im Baustoffsektor, wobei die Kapazitäten teilweise in Richtung höherwertige Produkte erweitert wurden (Zunahme der Beschäftigung, deutlich höhere Wert- als Mengensteigerung). Dieses Muster der Industrieentwicklung trifft auch auf Tirol zu, allerdings wurde hier die Expansion der gesamten Industrie durch starke Ausfälle in einigen Fachverbänden (z. B. Fahrzeuge) abgeschwächt. Auch im Reiseverkehr waren die Nachfrageausfälle in Tirol (US-Amerikaner, schwächere Nachfrage im Frühsommer) größer als in Vorarlberg, sie wurden in beiden Bundesländern durch die Belebung im Spätsommer mehr als ausgeglichen.

Oberösterreich, Kärnten und mit einigem Abstand das Burgenland erreichten nicht mehr das durchschnittliche Wirtschaftswachstum Österreichs, allerdings aus unterschiedlichen Gründen. Die oberösterreichische Wirtschaft büßte die Spitzenposition vergangener Jahre durch die Probleme in der Verstaatlichten Industrie ein, die breite Produktionspalette der oberösterreichischen Industrie verhinderte aber größere Rückschläge. Auch in der oberösterreichischen Bauwirtschaft wurden die Ausfälle von staatlichen Aufträgen durch private Investoren wettgemacht. Die oberösterreichische Fremdenverkehrswirtschaft hingegen erzielte in kaum einem Nachfragesegment Teilerfolge. Im Gegensatz dazu ist die Wirtschaft in Kärnten und im Burgenland weniger breit fundiert und daher stärkeren Schwankungen ausgesetzt. Diesmal war der Reiseverkehr eine wichtige Stütze für die Kärntner Wirtschaft, während die burgenländische Fremdenverkehrswirtschaft besonders schlecht abschnitt. Im Kärntner Fremdenverkehr scheint die Strukturbewältigung durch eine gewisse Spezialisierung auf den Binnenmarkt zu gelingen. Darüber hinaus stiegen in Kärnten die Großhandelsumsätze kräftig, und private Auftraggeber sorgten im Hochbau für eine sehr gute Baukonjunktur. Die burgenländische Bauwirtschaft war zwar schlecht beschäftigt, doch dürften burgenländische Bauarbeiter am dynamischen Baugeschehen in der übrigen Ostregion teilweise partizipiert haben, wodurch die burgenländischen Einzelhandelsumsätze kräftig in die Höhe getrieben wurden. Als Folge von Betriebsansiedlungen in den sechziger und siebziger Jahren spielt sowohl in der Kärntner als auch in der burgenländischen Industrie die Erzeugung von Konsumgütern eine wichtige Rolle. Die Labilität einer solchen Industriestruktur zeigte sich in den letzten Jahren gerade im Burgenland sehr deutlich. Im Berichtsjahr "retete" in erster Linie die Nahrungsmittelindustrie (mit einer zweistelligen Wachstumsrate) die burgenländische Industriekonjunktur. Auch Kärnten erlitt Produktionseinbußen, und zwar bei den meisten Konsumgütern sowie im Bergbau-Grundstoffbereich.

Abbildung 1

Wirtschaftsentwicklung in Osteuropa

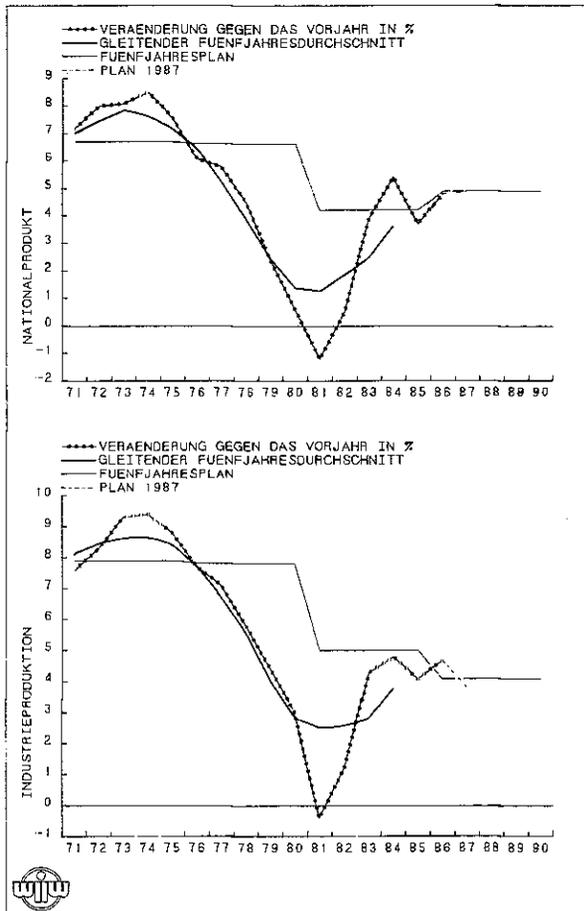
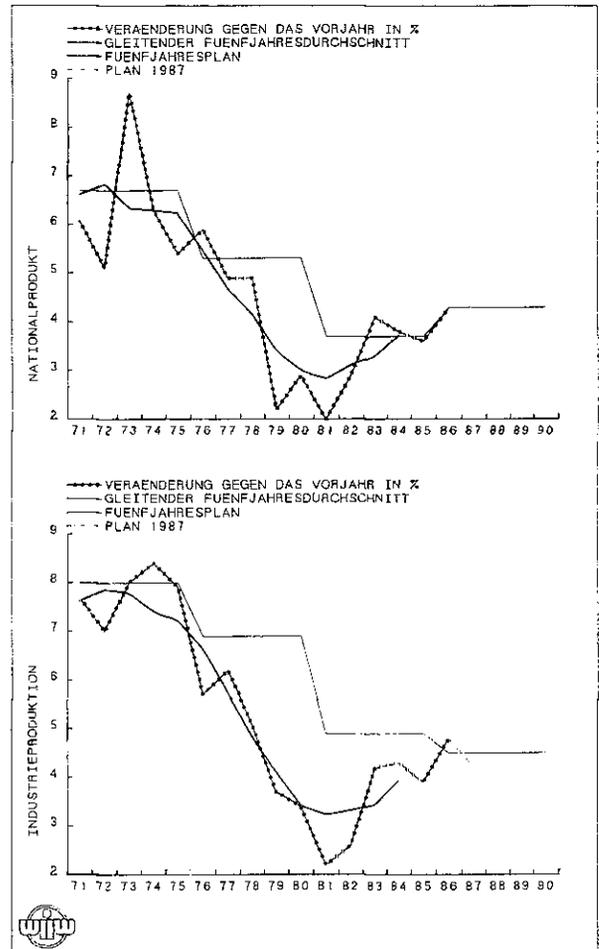


Abbildung 2

Wirtschaftsentwicklung im RGW-Raum



Im Handel mit Entwicklungsländern dürften einige RGW-Länder, infolge der starken Konzentration ihres Handels auf wenige erdölproduzierende Länder, in gleicher Weise wie die westlichen Industrieländer größere Einbußen im Export erlitten haben, und im allgemeinen dürften sich die Handelsbilanzen mit den Entwicklungsländern verschlechtert haben. Zwei Ausnahmen sind anzuführen: Die UdSSR hat angesichts ihres Kaufkraftverlustes die Importe aus den Entwicklungsländern stark verringert, und Rumänien hat als Erdölimporteur vom Erdölpreisverfall profitiert. Nach den Schätzungen des WIIW verschlechterte sich trotz der um rund 1½ Prozentpunkte geringeren Zinsbelastung infolge der ungünstigen Entwicklung im Hartwährungshandel die Leistungsbilanz der RGW-Länder. Im Jahr 1984 war ein Überschuß von fast 5 Mrd \$ erzielt worden, 1985 noch von rund 300 Mill \$ und 1986 ein Defizit von 2,1 Mrd \$ (schlechter als 1982: 912 Mill \$). Die Leistungsbilanz hat sich vor allem in Ungarn, Bulgarien und der UdSSR verschlechtert. Entsprechend der Verschlechterung der Leistungsbilanzen in harten Währungen sind die RGW-Länder im Jahr 1986 auf den internationalen Finanzmärkten aktiv geblieben. Nach

Berichten der OECD haben die UdSSR 1,8 Mrd \$ und Ungarn 1,3 Mrd. \$ an neuen syndizierten Krediten aufgenommen. Auch die ČSSR (429 Mill. \$ einschließlich neu verhandelter Kredite) und die RGW-Banken (400 Mill. \$) waren aktiver als im Vorjahr (120 Mill. \$ und 250 Mill. \$). Die RGW-Länder haben insgesamt Kredite über 4,1 Mrd \$ aufgenommen. Nach Angaben der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) konnten Jugoslawien und die meisten RGW-Länder (außer der Tschechoslowakei und Rumänien) das Fälligkeitsprofil ihrer Verschuldung verbessern und den Anteil kurzfristiger Fälligkeiten etwas verringern.

Die Bruttoverschuldung der RGW-Länder nahm 1986 um 13,5 Mrd. \$ zu (7,2 Mrd. \$ Wechselkurseffekt) und hat mit 107,9 Mrd. \$ einen neuen Höchststand erreicht. Die Nettoverschuldung Ende 1986 wird auf 75,4 Mrd. \$ geschätzt. Dazu kommen noch die Verbindlichkeiten der RGW-Banken von 4,2 Mrd. \$. Bulgarien, Ungarn und Jugoslawien haben in den ersten zehn Monaten des Jahres 1986 ihre Guthaben bei westlichen Banken um 660 bis 770 Mill. \$ (zu konstanten Wechselkursen) verringert. Die Reservehal-

Der neue Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex 86⁴⁾ hat das Jahr 1986 als Basis und ersetzt den Verbraucherpreisindex 76, der bereits im Jahr 1982 einer Zwischenrevision unterzogen wurde. Die Ausweitung des Angebotes an Waren und Dienstleistungen im letzten Jahrzehnt, starke Änderungen in den relativen Preisen und möglicherweise auch Änderungen im Geschmack der Konsumenten erforderten eine neue Zusammenstellung des Warenkorbes. Die Zahl der Waren und Dienstleistungen, deren Preise im neuen Verbraucherpreisindex erfaßt werden, stieg von 582 auf 612. Vor allem die Zahl der erhobenen Tarife und Dienstleistungspreise wurde erhöht. Etwa 60 Positionen wurden aufgelassen, noch viel mehr wurden in ihrer Spezifikation abgewandelt, um sie den derzeitigen Verbrauchergerwohnheiten anzupassen.

Grundlage der Gewichtung des neuen Index ist die Konsumerhebung 1984. Diese Angaben über die Verbrauchsausgaben wurden durch Daten aus der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ergänzt. Die letzte Indexrevision, die auf Basis der Konsumerhebung 1974 durchgeführt wurde, fand am Ende einer Periode statt, die sich durch ein sehr schnelles Wirtschaftswachstum auszeichnete. Die realen verfügbaren persönlichen Einkommen (nominelle Einkommen deflationiert mit dem Verbraucherpreisindex) stiegen von 1964, der Zeit der vorhergehenden Konsumerhebung, bis 1974 um 52,4%. Die realen Nettoeinkommen je unselbständigen Erwerbstitigen stiegen in dieser Periode um 53,1%. Seither stagnierten die Realeinkommen nahezu. Die realen Pro-Kopf-Einkommen der unselbständig Beschäftigten erhöhten sich von 1974 bis 1984 um nur 5,8%, die realen verfügbaren persönlichen Einkommen je Erwerbstitigen um 30,3%. Die angeführten Daten über die Entwicklung der Pro-Kopf-Einkommen berücksichtigen Umschichtungen zwischen den Berufsgruppen. Für einzelne Berufsgruppen mag die Entwicklung durchaus anders aussehen. Mit der Ausweitung der Realeinkommen ist üblicherweise eine Verschiebung innerhalb der Konsumausgaben verbunden. Der Anteil der Ernährungsausgaben sinkt, jener der Dienstleistungen steigt. Angesichts des sehr mäßigen Wachstums der Realeinkommen im Jahrzehnt zwischen den Konsumerhebungen 1974 und 1984 war also nur ein schwacher Impuls für Verschiebungen in den Ausgabenanteilen zu erwarten. Ähnlich verhält es sich mit der Preisentwicklung. Zwar erhöhte sich die durchschnittliche Inflationsrate von 4,9% zwischen den Jahren 1964 und 1974 auf 5,6% zwischen den Jahren

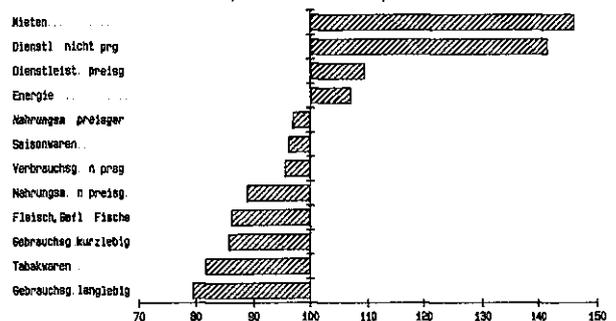
1974 und 1984; der stärkere Anstieg in der zweiten Periode war jedoch von einer geringeren Variabilität der relativen Preise begleitet.

Die Entwicklung der Verbraucherpreise von 1976 bis 1986

Übersicht 1 enthält die Preisentwicklung von 13 Untergruppen des Verbraucherpreisindex (VPI), die nach Art der Preisbildung und nach Güterart relativ homogen sind. Der VPI erhöhte sich von 1976 von einem Wert von 100 auf 155,5 im Jahr 1986. Der Steigerungsrate von 55,5% entspricht eine durchschnittliche jährliche Veränderungsrate von +4,5% (+4,6% ohne Saisonprodukte). Die höchste jährliche Inflationsrate wiesen mit 7,3% die Mieten auf; ihnen folgten die Dienstleistungspreise (öffentlich beeinflusst: +5,9% pro Jahr, nicht öffentlich beeinflusst: +6,2% pro Jahr). Die Energiepreise stiegen mit einer jährlichen Rate von 5,0%; diese Gruppe wies allerdings vor dem Verfall der Erdölpreise im Jahr 1986 noch im Jahr 1985 mit 7,1% eine weitaus höhere Inflationsrate auf. Nahrungsmittel und Getränke insgesamt ver-

Abbildung 1

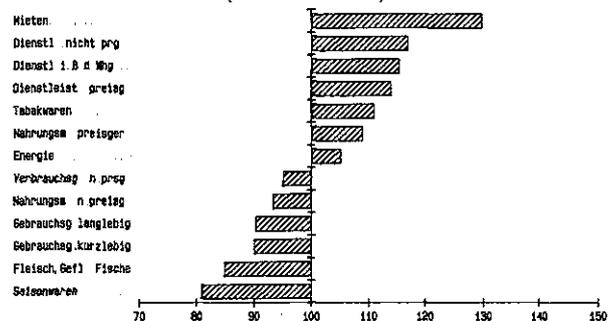
Relativer Verbraucherpreisindex 1966
(VPI 66 = 100)



wifo 111

Abbildung 2

Relativer Verbraucherpreisindex 1976
(VPI 76 = 100)



wifo 112

⁴⁾ Österreichisches Statistisches Zentralamt, "Der neue Verbraucherpreisindex", Materialien zur Pressekonferenz am 27. März 1987, Wien, 1987. Für einen internationalen Vergleich siehe OECD, Consumer Price Indices Sources and Methods and Historical Statistics, Paris, 1984.

Übersicht 1

Einkommensentwicklung
(Längerfristige Tendenzen)

	Ø 1969/ 1971	Ø 1979/ 1981	Ø 1983/ 1985	Ø 1984/ 1986
	Ø 1979/1981 = 100			
Volkseinkommen je Erwerbstätigen				
Insgesamt	40,0	100,0	131,6	139,6
In der Land- und Forstwirtschaft	38,3	100,0	112,9	120,0
Pro-Kopf-Einkommen je Arbeitnehmer ¹⁾²⁾	39,5	100,0	124,2	130,3
Bruttoverdienste je Beschäftigten in der Industrie ³⁾	37,0	100,0	127,5	134,2
Landwirtschaftliches Einkommen je Familienarbeitskraft	36,9	100,0	121,7	
Verbraucherpreisindex	54,3	100,0	121,6	125,8

Q: WIFO, Österreichisches Statistisches Zentralamt, Meldungen der Industrie, Buchführungsergebnisse. — ¹⁾ Bruttobezüge aller Arbeitnehmer (Privatwirtschaft und öffentlicher Dienst) — ²⁾ Ohne Sozialeinkommen

agrarisches Einkommenspolitik darstellt. Angesichts der zunehmenden Wirtschaftsprobleme, der Notwendigkeit der Budgetkonsolidierung und der mehr als gedrückten Lage auf den internationalen Agrarmärkten muß leider davon ausgegangen werden, daß die im Landwirtschaftsgesetz postulierte Teilnahme der Bauern an der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung voraussichtlich auch in Zukunft nur sehr schwer zu erreichen sein wird und große Anstrengungen und Anpassungsbereitschaft in der Landwirtschaft und der Agrarpolitik erfordert.

Wert der agrarischen Endproduktion im Bundesdurchschnitt + 1%

Die reale Endproduktion (Rohertag) der Land- und Forstwirtschaft stagnierte 1986 (berechnet nach dem Bundeshofkonzept) auf dem niedrigen Vorjahresniveau. Im Pflanzenbau blieb die erhoffte kräftige Erholung aus. Die ungünstige Witterung führte überwiegend zu unterdurchschnittlichen Ernten. Zusätzliche Verluste durch die Strahlenschäden drückten die pflanzliche Produktion um etwa 2½% unter das Niveau von 1985 und damit erheblich unter den mittelfristigen Trend. Die Endproduktion aus Tierhaltung war um knapp 1% höher als im Vorjahr. Es wurde mehr Rindfleisch, aber weniger Schweinefleisch vermarktet. Der Bestand an Rindern und Schweinen wurde erneut verringert. Das Angebot an Geflügel und Eiern war etwas höher; Milch wurde knapp gleich viel angeliefert wie im Vorjahr. Der Holzeinschlag wurde trotz ungünstiger Marktlage um 4½% ausgeweitet. Die agrarischen Erzeugerpreise blieben im Durchschnitt unverändert. Nach Produktgruppen war die Entwicklung wie üblich sehr differenziert. Die Obstpreise verfielen, weil einer guten Ernte zum Teil eine schwache Nachfrage ("Strahlenangst") gegenüber-

stand. Hackfrüchte und Wein waren hingegen etwas teurer als im Vorjahr. In der Tierproduktion standen deutlichen Preiseinbußen auf dem Rinder- und Eiermarkt und leicht sinkenden Preisen für Geflügel eine kräftige Erholung der Schweinepreise und ein etwas höherer Milchpreis gegenüber. Die Holzpreise standen weiter unter Druck. Da die von der Landwirtschaft zugekauften Vorleistungen billiger wurden, haben sich die Austauschrelationen leicht zugunsten der Bauern verschoben.

Dem Wert nach war die agrarische Endproduktion (berechnet nach dem Bundeshofkonzept) mit rund 71,4 Mrd. S um etwa 1% höher als im Vorjahr. Im Pflanzenbau (—½%) wurden die Verluste in den Sparten Getreide, Zuckerrüben und Obstbau durch viel höhere Erlöse im Weinbau und bei Kartoffeln etwa aufgewogen. Für die Tierhaltung ergab sich insgesamt eine leichte Zunahme (+1%). Dabei fiel insbesondere die Normalisierung auf dem Schweinemarkt ins Gewicht. Die Endproduktion der Forstwirtschaft (+3%) hat sich vom tiefen Einbruch 1985 nur zum Teil erholt.

Regional disaggregiert und damit erweitert um die geschätzten Nettoverschickungen von Futtergetreide sowie Zucht- und Nutzvieh zwischen den Bundesländern ergeben die vorläufigen Berechnungen für das Jahr 1986 einen Wert der Endproduktion der Land- und Forstwirtschaft von 73,1 Mrd. S (+1½%). Kalkulationen zu konstanten Preisen werden im Rahmen der regionalen Berichterstattung des Instituts nicht erstellt.

Mäßige regionale Unterschiede in der Entwicklung der Endproduktion

Die agrarische Produktion und Wertschöpfung entwickelt sich regional unterschiedlich. Die Differenzen in den relativen Veränderungen von Jahr zu Jahr sind insbesondere auf Unterschiede im regionalen Erzeugungsprogramm zurückzuführen (Strukturkomponente). Im Osten des Bundesgebietes dominiert aufgrund der natürlichen Gegebenheiten die pflanzliche Erzeugung, die Holznutzung hat geringes Gewicht. In den westlichen Bundesländern ist die Waldausstattung viel besser, Ackerbau und Spezialkulturen sind hingegen von untergeordneter Bedeutung. Mit Ausnahme des Burgenlandes und Wiens hat die Tierproduktion in allen Bundesländern den höchsten Anteil am Rohertag. In der Westregion entfallen traditionell etwa zwei Drittel der gesamten Endproduktion auf die Tierhaltung. Weiters ist die Struktur der Bereiche Pflanzenbau, Tierproduktion und Forstwirtschaft regional recht verschieden. Neben Unterschieden im regionalen Erzeugungsprogramm beeinflussen verschiedene lokale Einflüsse (Standortkomponente) die Entwicklung. Sie können sowohl die Produktion als

Übersicht 2

Internationale Budgetentwicklung 1981 bis 1986

	Finanzierungssalden aller öffentlichen Haushalte in % des BIP	
	1986	Veränderung 1981/1986 ¹⁾
Dänemark	+ 29	+ 98
Irland	-107	+ 51
Belgien	- 96	+ 40
Schweden	- 09	+ 40
BRD	- 10	+ 27
EG . . .	- 47	+ 07
OECD-Europa	- 40	+ 04
Schweiz	+ 00	+ 01
Großbritannien	- 31	- 03
Italien .	-125	- 06
Niederlande	- 65	- 10
Finnland	+ 03	- 10
Österreich	- 27	- 10
Frankreich	- 29	- 11
Norwegen	+ 28	- 24

Q: OECD EG-Jahreswirtschaftsbericht Finanzbericht des deutschen Bundesministeriums der Finanzen — 1) + Verringerung des Defizits

gegenwärtig Dänemark, Norwegen, Finnland, die Schweiz, Schweden und die Bundesrepublik Deutschland eine recht günstige Position, aber auch Österreich liegt unter dem europäischen Durchschnitt. Besonders hohe Defizite weisen Italien, Irland und Belgien auf

Im folgenden geht es vor allem um die Frage, wie den Sanierungsländern die Konsolidierung geglückt ist und wie sich diese auf Inlandsnachfrage und Wirtschaftswachstum ausgewirkt hat.

Wege der Budgetsanierung

Ziel der meisten Länder war es, das Budgetdefizit durch Ausgabenkürzungen — nicht durch Steuererhöhungen — zu verringern. Die öffentlichen Investitionen sollten — wegen ihrer Komplementärwirkung zu den privaten Investitionen — wenig beschnitten werden, die Transfers mehr.

Diese Ziele wurden in keinem Fall ganz erreicht. Die öffentlichen Investitionen wurden in den Sanierungsländern zwischen 1981 und 1986 durchwegs sehr kräftig gekürzt: in Belgien um fast 40%, in der BRD, in Dänemark und Irland um rund 15%. Dänemark hat seine Budgetziele am ehesten erreicht, aber auf Kosten eines Anstiegs der bereits hohen Staatseinnahmenquote (über direkte Steuern und Sozialversicherungsbeiträge) um etwa 5 Prozentpunkte. Auch in Belgien und Schweden trug die Erhöhung der Abgabenquote entscheidend zur Verringerung der Defizite bei. In Dänemark konnte allerdings seit 1983 auch die Ausgabenquote, gemessen am BIP, verringert werden. In der BRD wurden ebenfalls die Ausgaben relativ zum BIP gekürzt. Es gab Einschränkungen beim Ar-

beitslosengeld und bei anderen Transfers sowie insbesondere bei öffentlichen Investitionen. Darüber hinaus konnten höhere Bundesbankgewinne für den Staat erzielt werden (rund $\frac{3}{4}$ % des BIP).

Strukturen der öffentlichen Finanzen 1980 bis 1984

Einen etwas detaillierteren Einblick in Konsolidierungsstrategien erlaubt die Betrachtung der Struktur der öffentlichen Finanzen auf der Ebene der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Diese stimmt insofern mit den tatsächlichen Budgetgegebenheiten nicht überein, als sie systematisch Vermögenstransfers und Vermögensveränderungen ausschaltet (Kauf oder Verkauf von Staatsvermögen, Kreditgewährung und Kreditrückzahlung).

Leider liegen gegenwärtig international vergleichbare Daten der OECD oder der EG erst bis 1984 vor

Einnahmenseite

1 In bezug auf die Gestaltung der öffentlichen Abgaben (Steuern und Sozialbeiträge) sind seit Beginn der achtziger Jahre deutlich zwei Gruppen zu unterscheiden:

— Länder mit signifikant wachsender Abgabenbelastung: Dazu zählen Italien, Dänemark, Frankreich, Finnland, Großbritannien und Belgien. In all diesen Ländern wurden die Einnahmen aus direkten Steuern und Sozialabgaben stärker gesteigert als jene aus indirekten Abgaben. Schweden stellt die einzige Ausnahme in dieser Hinsicht dar: Hier wurde die Belastung durch direkte Steuern und vor allem durch Sozialabgaben gesenkt, jene durch indirekte Steuern deutlich angehoben.

— Länder mit annähernd stabiler (oder rückläufiger) Steuer- und Abgabenbelastung: Dazu zählen in erster Linie die BRD, die Niederlande, Norwegen und die Schweiz, jedoch auch Österreich.

Unter den Ländern mit steigender Abgabenbelastung finden sich Beispiele mit erfolgreicher Budgetkonsolidierung (Schweden, Dänemark), aber auch Länder, die in dieser Hinsicht nur geringe oder keine Fortschritte machen konnten (Italien, Großbritannien).

2 In nicht wenigen Fällen hat die Steigerung der Einnahmen aus staatlichem Besitz und Unternehmen nicht unerheblich zur Konsolidierung beigetragen. Das gilt für die BRD, für Dänemark, Schweden und Norwegen sowie, in nicht ausreichendem Maß, für die Niederlande.

Zumindest keine zusätzliche Erleichterung der Finanzierung öffentlicher Ausgaben ging von dieser Einnahmelmöglichkeit in Italien, der Schweiz und auch in Österreich aus.

Übersicht 2

Importpreise und Energieverbrauchspreise in der Industrie seit 1970

	Heizöl		Gasöl		Benzin		Erdgas	
	Importpreise	Energieverbrauchspreise Industrie						
	1970 = 100							
1970	100 0	100 0	100 0	100 0	100 0	100 0	100 0	100 0
1971	135 3	131 1	121 8	124 6	112 5	135 9	97 4	100 0
1972	109 1	118 5	122 8	129 7	119 6	197 7	90 2	104 3
1973	135 1	127 6	243 4	133 5	158 0	392 4	77 0	114 6
1974	291 0	226 1	321 4	197 2	353 2	560 7	92 7	127 0
1975	263 4	234 6	279 6	193 2	340 4	581 7	203 1	202 6
1976	280 2	241 8	288 3	215 6	370 5	639 8	216 0	220 6
1977	298 9	252 4	310 5	220 0	343 6	652 5	260 4	242 8
1978	292 1	251 8	315 4	213 1	339 8	638 0	305 4	265 6
1979	368 9	283 2	560 3	255 7	524 2	695 9	307 4	315 7
1980	462 7	383 9	651 2	357 5	653 6	901 8	482 8	383 2
1981	705 7	553 8	741 0	409 7	832 0	1 033 0	710 6	549 5
1982	674 4	551 5	766 5	420 4	803 1	1 052 6	709 3	661 0
1983	645 6	518 5	697 2	417 5	760 6	1 031 5	628 6	604 5
1984	791 3	590 2	744 7	425 5	785 0	1 049 4	655 4	629 0
1985	781 8	640 7	773 0	430 2	819 5	1 080 3	746 4	675 5
1986	318 5	418 6	417 1	342 1	397 6	888 7	472 3	525 7

Q: Österreichisches Statistisches Zentralamt Industrie insgesamt ohne landwirtschaftliche Molkereien Forstsägen Wasser- Gas- und Wärmeversorgung

cherpreise zu den Energieimportpreisen bei Gasöl von 3,49 auf 2,87. Für die anderen Energieträger hat sich dagegen diese Relation vergrößert: für Heizöl von 1,38 auf 1,81, für Erdgas von 1,26 auf 1,40 und für Benzin von 1,49 auf 3,32. Dieser Anstieg kam bei den Energieträgern Heizöl und Erdgas erst im letzten Jahr zustande. Bei Benzin lag die "Spanne" ständig über dem Niveau des Ausgangsjahres. Für Benzin und Gasöl ist jedoch zu berücksichtigen, daß im Beobachtungszeitraum die Mineralölsteuer in fünf Etappen (1974, 1977, 1979, 1981 und 1986) von 2.820 S auf 4.590 S (je t) für Benzin (verbleit) und von 1.330 S auf 3.490 S (je t) für Dieselkraftstoff erhöht wurde. Für Rohöl-, Benzin- und Dieselimporte wurde per 1. Jänner 1981 die "Sonderabgabe Erdöl" eingeführt (zuletzt 134 S je t), und seit der gesetzlichen Verankerung per 1. März 1977 besteht für diese Energieträger sowie für Heizöl eine Bevorratungspflicht. Die Kosten für diese Maßnahme können mit maximal 200 S je t angesetzt werden (Tarif der Erdöllager GmbH: 785 S je t und Jahr, einzulagern ist ein Viertel der Importmenge des Vorjahres).

Betrachtet man die Energiepreise nach Branchen, so zeigt sich, daß die Preise für Gasöl und Benzin sowohl im Niveau (Übersicht 3) als auch in der Entwicklung (Übersicht 4) nur wenig voneinander abweichen. 1986 lag hier das Niveau der Branche mit den höchsten Preisen nur um knapp 20% (Gasöl) bzw. knapp 30% (Benzin) über dem Niveau der Branche mit den niedrigsten Preisen. Anders ist die Situation bei Heizöl und Erdgas. Hier beträgt die entsprechende Abweichung 218% (Heizöl; ohne Erdölindustrie 87%) bzw. 216% (Erdgas; ohne Erdölindustrie 95%),

und auch die Preisveränderungsraten des Jahres 1986 weichen stärker vom Industriedurchschnitt ab. Mit Ausnahme der Eisenhütten erzielen bei Heizöl insbesondere die sechs Hauptverbraucher (Eisenhütten, Erdöl, Steine-Keramik, Chemie, Papiererzeug-

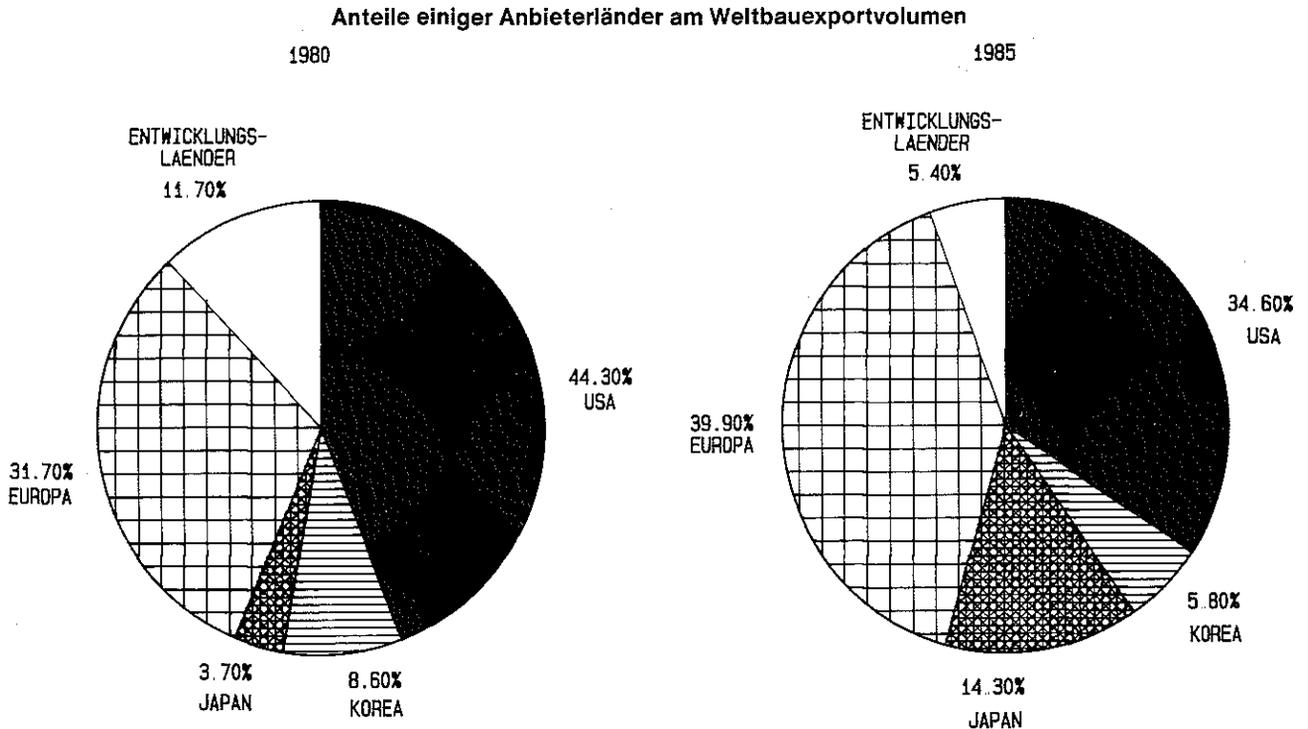
Übersicht 3

Index des Preisniveaus verschiedener Energieträger in den einzelnen Industriebranchen 1986

	Heizöl	Gasöl	Benzin	Erdgas
	Industrie insgesamt = 100			
Bergwerke Magnesit	93 72	95 97	97 91	104 26
Eisenhütten	155 37	104 45	98 89	124 03
Erdölindustrie	52 86	88 26	81 04	56 98
Stein- und Keramikindustrie	90 03	105 69	104 81	106 59
Glasindustrie	117 64	99 28	98 65	95 35
Chemische Industrie	95 91	100 87	100 88	101 16
Papierherzeugung	76 44	95 71	99 76	92 25
Papierverarbeitung	110 33	99 07	100 20	123 64
Holzverarbeitung	91 72	99 61	99 11	107 36
Nahrungs- und Genußmittelindustrie	94 89	98 65	97 22	113 95
Lederherzeugung	83 89	96 83	101 95	119 77
Lederverarbeitung	168 22	100 78	100 74	160 47
Gießereien	146 37	94 03	97 94	119 77
NE-Metallindustrie	90 74	90 22	97 52	108 14
Maschinen- und Stahlbauindustrie	137 64	101 54	102 20	124 03
Fahrzeugindustrie	138 99	106 45	99 11	133 33
Eisen- und Metallwarenindustrie	158 52	99 04	101 84	126 74
Elektroindustrie	132 66	103 73	99 32	126 74
Textilindustrie	107 82	95 35	104 40	121 32
Bekleidungsindustrie	121 56	100 87	100 47	179 84
Industrie insgesamt	100 00	100 00	100 00	100 00

Q: Österreichisches Statistisches Zentralamt Industrie insgesamt ohne landwirtschaftliche Molkereien Forstsägen Wasser- Gas- und Wärmeversorgung

Abbildung 1



wifo 116

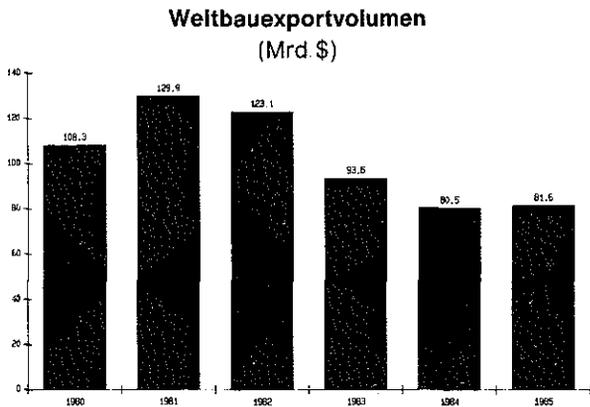
Spitze, nachdem 1980 noch Frankreich (8,1%) und die Bundesrepublik Deutschland (8,0%) vor Italien (5,7%) und Großbritannien (4,5%) vorne gelegen waren. Der Anteil der Schweiz am Weltbauexportvolumen beträgt weniger als 1% (1985 0,5%) ebenso wie jener Österreichs (1985 0,3%). Trotz des relativ geringen Anteils des österreichischen Bauexports am Weltbaumarkt ist es der österreichischen Bauwirtschaft gelungen, auf Teilmärkten durch Spezialisierung und ein ausgezeichnetes Know-how ihre Stellung zu festigen und auch international Bedeutung zu erlangen.

Entwicklung des österreichischen Bauexports

Die österreichischen Bauexporte waren noch vor rund zehn Jahren relativ gering. Obwohl sich einige österreichische Baufirmen schon jahrzehntelang am Auslandsbau beteiligen, kam es erst Anfang der achtziger Jahre zu einem verstärkten Auslandsengagement österreichischer Bauunternehmungen. Insbesondere in den achtziger Jahren hat sich der Anteil des Exports an den Bauumsätzen deutlich erhöht. In Relation zu den gesamten Bauumsätzen des Hoch- und Tiefbaus (laut Baustatistik) erhöhte sich der Anteil der Bauumsätze von rund 1% 1977 auf 6,5% 1985, sank aber 1987 wieder auf 4,7% (vorläufiger Wert). Insgesamt blieb der Auslandsbau eine Domäne der Bauindustrie. Innerhalb der Bauindustrie hat sich der Exportanteil von 2% 1977 auf 15,5% 1985 erhöht und fiel dann wieder auf 11,5%. Auch die Exportintensität (Relation des Bauexports der exportierenden Firmen zu ihrem Gesamtumsatz) stieg erheblich (von 11% 1980 auf 17% 1986). Wenngleich auch kleinere und mittlere Betriebe am Auslandsbau interessiert sind, ist es für diese Baufirmen infolge des scharfen Wettbewerbs nahezu unmöglich, auf dem internationalen Markt Fuß zu fassen.

Wie auch andere europäische Länder versuchte Österreich die seit Mitte der siebziger Jahre sinkende Baunachfrage im Inland durch verstärkte Auslandsge-

Abbildung 2



wifo 117

gressionen (ohne Zeittrend) mit mehr als 100 Betrieben erscheint ein solcher relativ hoch³)

Die wichtigste Einflußgröße ist die Gewinnlage der Betriebe. Firmen, die gut verdienen, zahlen auch gut. Die Lohnunterschiede zwischen den Aktiengesellschaften gehen zu etwa einem Drittel auf die unterschiedliche Gewinnlage zurück.

Weiters beeinflusst der Standort das Lohn- und Gehaltsniveau. In der Stadt werden höhere Löhne gezahlt als auf dem Land. Gewinnlage und Standort können zusammen 40% der Lohnunterschiede erklären. Darüber hinaus spielen die Eigentumsverhältnisse eine Rolle. Multinationale Konzerne und die verstaatlichte Industrie zahlen in Österreich besonders gut. Die Betriebsgröße hat dagegen keinen signifikanten Einfluß auf die Lohnkosten der Aktiengesellschaften.

Die verbleibenden Unterschiede dürften überwiegend auf Qualifikationsanforderungen, die Schwere der Arbeit und auf den Anteil der Frauenarbeit zurückgehen, für die keine betriebspezifischen Daten verfügbar sind.

Ertragslage entscheidend für betriebliche Lohnunterschiede

Als Indikator der Ertragslage wurde die Brutto-Gewinnspanne, die Differenz zwischen Wertschöpfung und Personalaufwand, berechnet⁴). Die Höhe der Bruttogewinne eines Betriebes wird durch die Kapitalintensität, die sich in den Abschreibungen und Aufwandszinsen niederschlägt, und die Gewinnlage (Marktposition) entscheidend bestimmt.

Die Ertragslage hat einen maßgebenden Einfluß auf die Lohnunterschiede zwischen den Betrieben. Je höher die Bruttogewinne je Beschäftigten sind, umso höher ist auch der Personalaufwand je Beschäftigten. Dieser Zusammenhang hat vor allem zwei Ursachen:

- Wenn die Kapitalintensität eines Betriebes hoch ist, dann machen die Lohnkosten verglichen mit den Kapitalkosten relativ wenig aus. Viele kapitalintensive Betriebe verfolgen deshalb eine Hochlohnstrategie, um sehr gute Arbeitskräfte zu bekommen. Die hohen Stillstandskosten teurer Maschinen legen eine solche Strategie nahe.
- Hohe (bzw. steigende) Gewinne verstärken in den Betrieben den Druck der Gewerkschaften auf

³) Wenn man die Wertschöpfung je Beschäftigten (Produktivität) statt der Gewinnlage als erklärende Variable heranzieht, können sogar drei Viertel der Varianz der Lohnkosten erklärt werden. Dieses Verfahren ist freilich problematisch, weil der Personalaufwand den größten Teil der Wertschöpfung darstellt.

⁴) Die Wertschöpfung ist definiert als Personalaufwand + Abschreibungen + Aufwandszinsen + Steuern + Jahresergebnis + Netto-Rücklagenzuweisung.

Lohnerhöhungen. Auch die Arbeitnehmer wollen an den Gewinnen partizipieren.

Die Regressionsanalyse brachte unter anderem folgende Ergebnisse: Wenn die Bruttogewinne je Beschäftigten in einem Betrieb um 10.000 S pro Jahr über dem Durchschnitt liegen, dann ist der Personalaufwand je Beschäftigten in diesem Betrieb um 3.300 S höher als im Durchschnitt. Diese Relation bleibt auch in hohem Maß konstant, wenn zusätzliche Erklärungsgrößen herangezogen werden.

Dieser Zusammenhang zwischen Ertragslage und Lohnniveau wird durch die Grundhaltung der österreichischen Lohnpolitik gestärkt: Auf Branchenebene werden die Abschlüsse mit einer gewissen Rücksicht auf schwächere Betriebe festgelegt, auf Betriebsebene kommen dann noch mehr oder weniger hohe Forderungen dazu, die sich an der Ertragslage orientieren.

Standort des Unternehmens beeinflusst das Lohnniveau

Die Unternehmen wurden sechs verschiedenen Gebietstypen zugeordnet, die wegen ihrer unterschiedlichen Agrarquote regionsspezifische Lohnunterschiede erwarten lassen⁵).

Diese Standortvariable hat einen signifikanten Einfluß auf die Lohnkosten. In den städtischen Zentren müssen beträchtlich höhere Löhne gezahlt werden als in den ländlichen Gebieten. Aufgrund der Standortvorteile, die die Betriebe in Industriezentren haben (Infrastruktur u. a.), können sie sich einerseits höhere Lohnkosten leisten, andererseits benötigen sie auch höhere Löhne, um Arbeitskräfte (Pendler) aus ländlichen Gebieten anzulocken. So sind die Industriedienste je Beschäftigten in Wien um 55% höher als im Burgenland. Freilich spielen dabei neben Standortfaktoren branchen- und qualifikationsspezifische Merkmale eine wichtige Rolle.

Multinationale Konzerne und verstaatlichte Unternehmen zahlen höhere Löhne

Es wurden vier Arten von Eigentumsverhältnissen unterschieden:

- verstaatlichte Unternehmungen,
- Banken-Konzernbereich,
- multinationale Konzerne,
- inländische private Eigentümer

Berücksichtigt man, daß die Lohnkostenunterschiede zwischen verstaatlichten, multinationalen und priva-

⁵) Vgl. Geldner, N., "Entwicklung der Arbeitsplätze in der Industrie 1980 bis 1983. Regionale Aspekte der Rezession" WIFO-Monatsberichte 7/1984

Übersicht 1

Entwicklung und Struktur der Gebarung des Familienlastenausgleichsfonds

	1968	1970	1973	1977	1978	1983	1986 ¹⁾
	Mill. S						
<i>Einnahmen</i>							
Dienstgeberbeiträge	6 045,8	7 103,9	10 977,6	17 623,0	16 904,0	19 924,0	23 075,0
Beiträge der Lohnsteuerpflichtigen, Einkommen- und Körperschaftsteuerpflichtigen	492,7	620,0	936,2	1 441,0	1 605,9	2 275,0	2 944,9
Rückgezahlte Unterhaltsvorschüsse	—	—	—	25,0	52,3	157,5	230,0
Von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben	67,6	67,6	67,4	72,0	73,5	90,6	91,0
Der Länder	124,8	124,8	124,8	127,7	127,7	127,7	135,7
Abgeltung von Ansätzen für Einkommensteuern	—	—	—	—	6 780,0	7 232,0	10 500,0
Ersatz vom Reservefonds	—	—	—	—	968,0	4 507,6	0,0
Insgesamt	6 730,9	7 916,3	12 106,0	19 289,0	26 511,5	34 314,4	36 976,6
<i>Ausgaben</i>							
Familienbeihilfen	6 512,4	6 931,3	8 950,9	13 567,0	21 410,7	25 621,7	28 220,3
Geburtenbeihilfen	246,3	186,4	189,5	1 309,0	1 285,0	1 484,2	1 150,0
Schulfahrtbeihilfen	—	—	88,9	138,0	144,6	224,2	335,0
Schülerfreifahrten	—	—	716,1	1 717,0	1 796,9	3 008,3	2 998,0
Schulbücher	—	—	750,9	964,0	973,9	997,8	959,0
Beitrag zum Karenzurlaubsgeld	—	—	—	334,0	457,3	1 280,4	1 384,3
Mutter-Kind-Paß	—	—	—	183,0	197,2	60,6	280,0
Unterhaltsvorschüsse	—	—	—	123,0	173,6	474,6	600,9
Sonstige familienpolitische Maßnahmen	—	—	—	30,0	72,4	1 162,8	1 050,0
Überschuß an Reservefonds	—	798,6	1 409,5	942,0	—	—	0,0
Insgesamt	6 758,6	7 117,7	12 106,0	19 289,0	26 511,5	34 314,0	36 976,6

Q: Bundesfinanzgesetz — ¹⁾ Voranschlag

hier nicht ausführlich behandelt. Sie wurde von *Lehner* (1986) genau analysiert. Übersicht 1 vermittelt einen Eindruck über die Entwicklung des Umfangs und der Struktur der Gebarung des Familienlastenausgleichsfonds. Die Aufkommensentwicklung ist — abgesehen von Beitragsatzänderungen (1978, 1981) — von der nominellen Einkommensentwicklung bestimmt; die Ausgaben hängen dagegen von der Kinderzahl und der Leistungsstruktur ab: Bis 1970 wurden nur die Familien- und Geburtenbeihilfen aus dem Familienlastenausgleichsfonds finanziert; 97% der Ausgaben entfielen auf Familienbeihilfen. 1971 wurden die Schulfahrtbeihilfen und im Jahr darauf die Schülerfreifahrten und die Gratisschulbücher eingeführt; der Anteil der Familienbeihilfen an den Ausgaben des Familienlastenausgleichsfonds erreichte damit 1973 74% und ging bis 1977 auf 70% zurück, da mit dem Mutter-Kind-Paß (1975), den Unterhaltsvorschüssen und dem Beitrag zum Karenzurlaubsgeld (1976) weitere Aufgabenbereiche übernommen wurden. In der Finanzgebarung geht damit sehr deutlich hervor, daß mit der günstigen Aufkommensentwicklung in den frühen siebziger Jahren in steigendem Maße auch bildungs- und gesundheitspolitische Aspekte Eingang in die Familienpolitik gefunden haben.

Die laufende Familienförderung setzte sich 1970 im wesentlichen aus der Familienbeihilfe und der Steuerermäßigung für Kinder zusammen. Die Familienbeihilfe betrug für das erste Kind 2 800 S jährlich (für 3 Kinder pro Kind 3 990 S). Zur Familienbeihilfe kam noch die Steuerermäßigung für Kinder, die zwischen

Null für die unterste Einkommenschicht und mehr als 4 000 S jährlich pro Kind in den obersten Einkommenschichten erreichte (Übersicht 2 gibt einen Überblick über die Steuerermäßigung für Familien mit zwei Kindern nach Einkommensstufen). Wie in Übersicht 2 dargestellt, waren bis 1967 die oberen Einkommenschichten von der steuerlichen Familienförderung ausgeschlossen. Der Übergang zu Kinderfreibeträgen und die Abschaffung der Einkommensgrenzen mit dem Einkommensteuergesetz 1967 brachten eine mit dem Einkommen zunehmende steuerliche Begünstigung, während die ärmsten Bevölkerungsschichten von der steuerlichen Familienförderung ausgeschlossen blieben. Die Umwandlung in Steuerabsetzbeträge (Einkommensteuergesetz 1972) führte wohl ab 1973 zu einer steuerlichen Gleichbehandlung aller Kinder, soweit genug Steuerschuld entstand. Damit gingen aber die untersten Einkommenschichten wieder leer aus, was schließlich 1978 zum praktisch völligen Übergang auf Transferzahlungen führte (vgl. *Lehner*, 1981).

Reste der steuerlichen Familienförderung blieben in Form der gesonderten Besteuerung der "sonstigen" Bezüge zu festen Steuersätzen und der Sonderausgaben-Freibeträge bestehen: Die Begünstigung für 2 Kinder aufgrund der gesonderten Besteuerung der sonstigen Bezüge ist in der letzten Spalte der Übersicht 2 nach Einkommensstufen dargestellt: Während für die unteren Einkommenschichten die Steuerermäßigung Null oder vernachlässigbar gering ist, erhalten Spitzenverdiener doch nennenswerte Beträge. Die gesamte laufende Familienförderung (Steuerer-

Übersicht 3

Revision der Investitionspläne
Industrie

	Erhebungszeitraum						
	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987
	Mill. S						
Herbst 1980	35.514						
Frühjahr 1981	39.639						
Herbst 1981	37.403	42.020					
Frühjahr 1982	38.393	35.506					
Herbst 1982		33.388	32.396				
Frühjahr 1983	39.251	33.695	31.544				
Herbst 1983			30.568	32.170			
Frühjahr 1984		33.134	30.334	35.053			
Herbst 1984				34.294	35.341		
Frühjahr 1985			31.713	33.906	38.928		
Herbst 1985					37.386	47.004	
Frühjahr 1986				34.392	38.038	46.858	
Herbst 1986						45.612	45.557
Frühjahr 1987						37.759	47.411
							50.161

werden, das würde gegenüber dem Jahr 1985 eine Steigerung um 27% und gegenüber dem Tiefpunkt von 1983 um 51% bedeuten.

Die Erholung der Investitionstätigkeit geht zu gleichen Teilen auf eine Belebung der Nachfrage und eine Besserung der Ertragslage der Industrie zurück. Die Nachfrage nach Industrieprodukten stieg 1984 und 1985 jeweils um 5%, die Ertragslage erholte sich vom Tiefpunkt im Jahr 1981. Nach den derzeit vorliegenden Cash-flow-Berechnungen lag der Anteil des Cash-flows am Rohertrag 1983 bei 22%, stieg 1984

auf 25%, 1985 und 1986 auf 27% bzw. 27,5%. Die Abschwächung der Industrienachfrage und der Gewinnrückgang (Verlust) in Teilen der österreichischen Industrie konnten 1986 den Investitionszyklus nicht stoppen, weil der Umstrukturierungsbedarf der österreichischen Industrie ein autonomes, nicht unbedingt nachfrageabhängiges Investitionsziel geworden ist. Die Umstellung auf neue Märkte, die Nutzung neuer Techniken, die flexible Steuerung der Produktion und die Verkürzung der Umrüstzeiten sowie die Optimierung der Lagerhaltung, teilweise auch die Notwendigkeit zur Energieeinsparung und zum Umweltschutz haben sicherlich zur Investitionsdynamik der letzten Jahre beigetragen. Von den Fremdfinanzierungskosten wird der Investitionszyklus noch immer nicht begünstigt. Die Nominalverzinsung ist praktisch konstant geblieben (Prime Rate 9,1% im Jahr 1986), die abflauende Inflation (im Durchschnitt der Industrie sind die Preise sogar gefallen) führt zu einer hohen real sinkenden Belastung, wenn auch die Industrieunternehmen in der Regel bei der Realzinsberechnung nicht die jährliche, sondern eine mittelfristige Inflationsrate zugrunde legen. Viele Daten sprechen dafür, daß die Nominalzinsbelastung der Industrie in Österreich höher ist als im Ausland, teilweise infolge des höheren Zinssatzes, teilweise infolge des höheren Fremdmittelanteils¹⁾.

¹⁾ Über die Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Industrie siehe Österreichische Strukturberichterstattung, Kernbericht 1986 WIFO Wien, 1987, insbesondere Abschnitt 10

Übersicht 4

Höhe und Veränderung der Investitionen 1984 bis 1986

Industrie

	1984	1985 ¹⁾	1986 ²⁾	1984	1985 ¹⁾	1986 ²⁾
	Mill. S			Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Industrie insgesamt	34.392	37.759	47.411	+ 8,4	+ 9,8	+ 25,6
Grundstoffindustrie	5.139	6.130	8.042	- 13,8	+ 19,3	+ 31,2
Investitionsgüterindustrie	12.466	15.586	17.345	+ 10,5	+ 25,0	+ 11,3
Konsumgüterindustrie	16.787	16.043	22.024	+ 16,0	- 4,4	+ 37,3
Bergwerke	555	688	715	- 18,1	+ 23,9	+ 4,0
Eisenerzeugende Industrie	1.547	2.337	1.595	- 8,7	+ 51,0	- 31,7
Erdölindustrie	1.732	1.919	2.067	- 11,0	+ 10,8	+ 7,7
Stein- und keramische Industrie	2.142	2.572	2.367	+ 9,5	+ 20,1	- 8,0
Glasindustrie	608	834	923	+ 38,6	+ 37,2	+ 10,6
Chemische Industrie	4.060	5.517	8.802	+ 22,0	+ 35,9	+ 59,5
Papierherzeugung	5.374	2.226	5.165	+ 42,0	- 58,5	+ 131,8
Papierverarbeitung	265	465	559	- 4,4	+ 75,2	+ 20,3
Holzverarbeitung	1.164	977	1.080	- 47,3	- 16,0	+ 10,5
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	3.167	3.268	3.655	+ 3,2	+ 3,2	+ 11,8
Lederherzeugung	34	138	90	- 65,5	+ 304,9	- 34,8
Lederverarbeitung	307	365	354	+ 37,7	+ 18,9	- 3,1
Gießereindustrie	314	524	579	- 15,4	+ 67,0	+ 10,5
Metallindustrie	570	654	1.117	- 3,4	+ 14,7	+ 70,8
Maschinen-, Stahl- und Eisenbau	2.683	3.155	5.288	- 5,2	+ 17,6	+ 67,6
Fahrzeugindustrie	1.273	1.294	1.552	+ 9,1	+ 1,7	+ 19,9
Eisen- und Metallwarenindustrie	2.533	2.784	3.049	+ 6,0	+ 9,9	+ 9,5
Elektroindustrie	4.140	5.820	5.840	+ 36,5	+ 40,6	+ 0,3
Textilindustrie	1.495	1.780	2.085	+ 17,5	+ 19,0	+ 17,2
Bekleidungsindustrie	429	440	529	+ 20,6	+ 2,6	+ 20,3

¹⁾ Bis 1985 endgültige Werte — ²⁾ Vorläufige Ergebnisse Ohne Berücksichtigung des Revisionsverhaltens

Verteilung der Ausgaben der öffentlichen Haushalte 1983

	Ausgaben für private Haushalte	Verteilung nach dem Netto-Haushaltseinkommen			Ausgaben für Arbeitnehmerhaushalte	Verteilung nach dem Netto-Haushaltseinkommen		
	Insgesamt	Unteres Drittel	Mittleres Drittel	Oberes Drittel		Unteres Drittel	Mittleres Drittel	Oberes Drittel
	Mrd. S	In %			Mrd. S	In %		
Erziehung und Unterricht	54	15	39	46	41	32	35	33
Pflichtschulen	30	18	42	40	23	36	35	29
Berufsschulen	3	20	44	36	2	40	34	26
Weiterführende und sonstige Schulen	17	11	33	56	13	20	35	45
Kindergärten -horte	4	23	49	28	3	44	33	23
Forschung und Wissenschaft	10	11	27	62	6	15	32	53
Kunst und Kultur	7	10	21	69	5	24	29	47
Soziale Wohlfahrt	247	44	31	25	46	44	32	24
Arbeitsmarktverwaltung (ohne Karenzurlaub)	13	34	35	31	12	43	35	22
Familienbeihilfen (einschließlich Karenzurlaub)	40	17	40	43	29	34	36	30
Familienbeihilfen	28	16	40	44	20	36	34	30
Schulfahrten -bücher	4	16	40	44	3	32	35	33
Karenzurlaubsgeld, Sondernotstandshilfe	4	25	47	28	3	21	50	29
Geburtenbeihilfen, Wochengeld u a	4	21	46	33	3	41	37	22
Sozialhilfe und sonstige Sozialleistungen	13	100	—	—	5	100	—	—
Pensionen (einschließlich Beamte)	181	46	31	23	—	—	—	—
Gesundheitswesen	84	26	33	41	45	29	33	38
Wohnbau	14	25	38	37	11	25	38	37
Wohnbauförderung	12	19	38	43	—	—	—	—
Wohnbeihilfen	2	59	40	1	—	—	—	—
Verkehr	24	16	33	51	17	24	32	44
Straßenbau	15	10	31	59	11	22	33	45
Sonstiger (öffentlicher) Verkehr	9	27	37	36	6	28	30	42
Öffentliche Dienstleistungen	10	23	34	43	6	29	33	38
Landesverteidigung, Heeres- und Kriegsoferversorgung	22	23	34	43	13	29	33	38
Staats- und Rechtssicherheit	8	16	30	54	5	19	30	51
Zinsen für die Staatsschuld	22	12	23	65	12	15	23	62
Sonstige Hoheitsverwaltung	18	23	34	43	11	29	33	38
<i>Insgesamt</i>	<i>520</i>	<i>31</i>	<i>33</i>	<i>36</i>	<i>218</i>	<i>31</i>	<i>32</i>	<i>37</i>

Die Verteilungsschlüssel wurden großteils aus der Mikrozensus-Sondererhebung Juni 1983 und der Konsumerhebung 1984 errechnet. Details werden im dieser Arbeit zugrundeliegenden WIFO-Gutachten publiziert

chung aufgenommen. Wenn man sie wegläßt, ändert sich am Gesamtergebnis praktisch nichts, da die Ausgaben für Landesverteidigung und Rechtssicherheit jeweils nur 3% der Gesamtausgaben betragen. Pensionen für die Beamten, die in den Bereichen übrige Hoheitsverwaltung und Verkehr erfaßt sind, wurden dem Pensionsaufwand zugerechnet und so aufgeteilt wie die Haushaltseinkommen der Pensionisten.

Hauptergebnis dieser Berechnung ist, daß die Ausgaben insgesamt den oberen Schichten etwas mehr zugute kommen als den unteren — egal, ob man nur Arbeitnehmerhaushalte betrachtet oder auch Pensionistenhaushalte mit einbezieht. Der Unterschied ist aber nicht sehr groß, das heißt, der Anteil an den Ausgaben weicht nicht stark vom Haushaltsanteil ab. Nach den vorliegenden Berechnungen erhält das untere Drittel der Haushalte 31%, das mittlere 33% und das obere 36% der Ausgaben. Wenn man die Haushalte unter und über dem Median betrachtet, dann beträgt die Relation 47:53.

Dieses Ergebnis kommt in erster Linie dadurch zustande, daß die progressiven Wirkungen im Bereich

der Sozialen Wohlfahrt nicht ganz soviel ausmachen wie die öffentlichen Ausgaben für das Schul- und Hochschulwesen, die Wohnbauförderung und den Straßenbau.

Wenn man jedoch die Ausgaben, wie es bei den Steuern üblich ist, am Einkommen mißt, dann sieht das Bild ganz anders aus: Das obere Drittel verfügt über 54% des Netto-Haushaltseinkommens, erhält aber nur 36% der Ausgaben. Somit bekommt das obere Einkommensdrittel von den Ausgaben der öffentlichen Haushalte etwas mehr, als ihrer Zahl entspricht, aber weit weniger, als der Anteil des Einkommens (als wichtigster Basis für die Steuerleistung) beträgt.

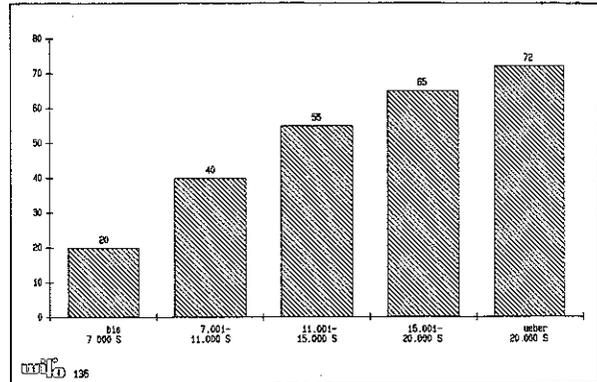
Die Ausgaben der öffentlichen Haushalte können in drei Gruppen gegliedert werden:

1. Ausgaben, die progressiv wirken (das heißt, zu den unteren Schichten umverteilen);
2. Ausgaben, die relativ zum Einkommen progressiv sind, in absoluten Beträgen jedoch besser Verdienenden mehr zugute kommen;
3. Ausgaben, die regressiv wirken (das heißt, zugunsten der oberen Schichten)

Abbildung 1

Anteil der geförderten Wohnungen am gesamten Wohnungsbestand nach Einkommensstufen

In %



rungsmittel. Die nächste Einkommenstufe von 7.000 S bis 11 000 S, mit 23% auch fast ein Viertel aller Haushalte, beansprucht knapp 20% der Mittel. Auf den Einkommensbereich von 11 000 S bis 20.000 S entfallen 36% der Haushalte, aber 46% der Fördermittel. In die oberen Einkommensklassen (über 20.000 S) mit 15% aller Wohnungen, fließen 25% der Fördermittel (siehe Übersicht 1). Die Verteilung der Wohnbauförderungsmittel zugunsten besser verdienender Haushalte geht vor allem auf zwei Faktoren zurück:

1. Mit steigendem Einkommen werden mehr geförderte Wohnungen in Anspruch genommen.
2. Da sowohl Wohnungsgröße und Ausstattung mit zunehmendem Einkommen steigen, erhöht sich auch die Förderungssumme je Wohnung.

Ein Vergleich der geförderten Wohnungen am gesamten Wohnungsbestand (aufgrund einer Erhebung des Instituts für Stadtforschung, einer WIFO-Sonderauswertung des Mikrozensus 1983 sowie eigener Berechnungen) zeigt, daß nur 20% der Haushalte der niedrigsten Einkommenstufe (bis 7.000 S Netto-Haushaltseinkommen) in geförderten Wohnungen leben. In der Einkommenstufe von 7.000 S bis 11.000 S beträgt der Anteil bereits 40%, in den mittleren Einkommenskategorien 55% (von 11 000 S bis 15 000 S) bzw. 65% (von 15.000 S bis 20 000 S) und in den oberen Einkommenschichten (über 20.000 S) über 70%.

Betrachtet man nur die geförderten Wohnungen, so befinden sich in den untersten Einkommensstufen bis 7.000 S nur 11% aller geförderten Wohnungen und rund 20% in der Einkommensklasse von 7 000 S bis 11.000 S. Hingegen entfallen 46% aller geförderten Wohnungen auf die Einkommenskategorie von 11.000 S bis 20.000 S Netto-Monatseinkommen. In den höheren Einkommensklassen (20.000 S und mehr) beträgt der Anteil aller geförderten Wohnungen rund 24%. Insgesamt sind die Haushalte ab

einem Einkommen von 11.000 S überproportional in geförderten Wohnungen vertreten (Übersicht 2)

Die Betrachtung nach einzelnen Wohnungstypen zeigt, daß insgesamt über 30% der Bevölkerung mit einem Einkommen bis 7 000 S in Mietwohnungen wohnen. Im geförderten Mietwohnungsneubau befinden sich hingegen nur rund 12% der Haushalte der untersten Einkommenstufe. Der größere Teil der Bevölkerung mit niedrigem Einkommen wohnt in nicht geförderten Altmietwohnungen, wo der Mietzins in der Regel niedriger liegt als im geförderten Genossenschaftswohnungsbau. Ihm kommt unter anderem die Mietengesetzgebung zugute. Rund zwei Drittel der Haushalte im geförderten Mietwohnungs- und Genossenschaftsbau verdienen netto über 11.000 S. Ein relativ großer Anteil der Bevölkerung mit niedrigem Einkommen wohnt in Eigenheimen (auch Landwirte). Rund 60% aller Besitzer von geförderten Eigenheimen verfügen über ein durchschnittliches Netto-Haushaltseinkommen bis 15 000 S pro Monat

Übersicht 1

Verteilung der Wohnbauförderungsmittel der Länder (Wohnbauförderungsgesetz 1968) nach Einkommensstufen 1983

Netto-Haushaltseinkommen in S	Förderungsmittel						Insgesamt ¹⁾		Anzahl der Wohnungen	
	Darlehen		Annuitätenzuschüsse		Wohnbeihilfe		Mill S	Anteile in %	Insgesamt	Gefördert
	Mill S	Anteile in %	Mill S	Anteile in %	Mill S	Anteile in %	Mill S	Anteile in %	Anteile in %	
Bis 7 000	785	8	141	6	447	31	1 373	10	26	11
7 001 bis 11 000	1 703	17	341	14	563	40	2 607	19	23	19
11 001 bis 15 000	2 374	24	625	26	332	23	3 331	24	20	23
15 001 bis 20 000	2 435	24	572	24	87	6	3 094	22	16	23
20 001 und darüber	2 703	27	702	30	—	—	3 405	25	15	24
Insgesamt	10 000 ²⁾	100	2 381	100	1 429	100	13 810	100	100	100

Q: Österreichisches Statistisches Zentralamt (WIFO-Sonderauswertung des Mikrozensus 1983), Verbindungsstelle der Bundesländer Institut für Stadtforschung Bundesministerium für Wirtschaftliche Angelegenheiten und eigene Berechnungen — ¹⁾ Auszahlungen laut Bundesministerium für Wirtschaftliche Angelegenheiten, ohne Eigenmittellersatzdarlehen (1983 5% der Ausgaben) ohne "sonstige Ausgaben" wie z B Bürgschaftsrücklagen (1983 2,6% der Ausgaben) — ²⁾ Abzüglich geschätzter Rückflüsse

Übersicht 1

Kennzahlen zur Pensionsversicherung

	1975	1985
<i>Pensionsversicherung der Unselbständigen</i>		
Pensionen (in 1.000)	1 102,8	1 301,7
Versicherte (in 1.000)	2 340,2	2 373,5
Belastungsquote	471	548
Durchschnittliche Alterspension (in S)	3.612	7.456
Gesamtaufwand (Mill. S)	51 022	124 377
Bundesmittel ¹⁾ (Mill. S)	13.288	24.207
Bundesmittel ¹⁾ (in % des Gesamtaufwands)	26,0	19,5
Beitragsatz (in %)	17,5 ²⁾	22,7
<i>Pensionsversicherung der Selbständigen</i>		
Pensionen (in 1.000)	292,7	320,9
Versicherte (in 1.000)	396,7	374,3
Belastungsquote	738	857
Durchschnittliche Alterspension (in S)	2 269	5 786
Gesamtaufwand (Mill. S)	9 227	24 086
Bundesmittel ¹⁾ (Mill. S)	6.911	16.880
Bundesmittel ¹⁾ (in % des Gesamtaufwands)	74,9	70,1
Beitragsatz (in %)	9,5	13,0 ³⁾
<i>Öffentlicher Dienst (Bund)</i>		
Pensionen (in 1.000)	177,1	178,1
Aktive Bedienstete (in 1.000)	283,3	294,9
Belastungsquote	625	604
Durchschnittspension ⁴⁾ (in S)	6 001	13 222
Gesamtaufwand (Mill. S)	14.878	32.967
Beitragsatz (in %)	5,0	8,0

¹⁾ Einschließlich Ausgleichszulagenersätze — ²⁾ Angestellte 17,0 —
³⁾ Bauern 12,5 — ⁴⁾ Gesamtaufwand pro Monat je Pensionsempfänger

Beiträge der Erwerbstätigen, also eine Einkommensumverteilung im Lebenszyklus. Tatsächlich bewirkt die soziale Altersversorgung aber auch deutliche Verschiebungen der persönlichen (Lebens-)Einkommen. Ziel dieser Analyse ist, jene Faktoren, die diese Verschiebungen herbeiführen, zu beschreiben und anhand von Modellrechnungen zu quantifizieren sowie festzustellen, wie sich diese Umverteilungseffekte auf verschiedene soziale Gruppen bzw. Einkommenschichten auswirken

Zur Methode der Untersuchung

Da die öffentliche Altersversorgung eine Umverteilung von Einkommen im Lebensablauf darstellt, muß auch die Analyse der Verteilungswirkungen am Konzept des Lebenseinkommens ansetzen.

Im Modell der ausschließlichen Eigenvorsorge findet nur eine Umverteilung im individuellen Lebenszyklus statt: Der kumulierte Wert der gesparten Beträge ist gleich dem (auf den gleichen Zeitpunkt bezogenen) Wert des Ruhestandseinkommens. In einer umlagefinanzierten Versicherung werden diese beiden Größen voneinander abweichen, da

- a) sich der Bevölkerungsaufbau, die Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft und das Preisniveau ändern,

- b) ein Risikoausgleich zwischen verschiedenen Personen und Gruppen stattfindet.

Der erste dieser beiden Aspekte betrifft die Umverteilung zwischen den Generationen. Um ihn im Modellfall zu quantifizieren, muß das Beitragsaufkommen eines Versicherten aus historischen Beitragsgrundlagen und Beitragssätzen zu laufenden Preisen errechnet und mittels eines geeigneten Zinssatzes auf den gleichen Zeitpunkt bezogen und summiert werden. Den kumulierten Pensionsbeiträgen ist der kapitalisierte Wert (zum selben Zeitpunkt) des Pensionseinkommens gegenüberzustellen: Dieses Verhältnis ist ein Indikator für das Ausmaß der Umverteilung zwischen den Generationen.

Der zweite Aspekt, die interpersonelle Umverteilung, ist Gegenstand dieser Untersuchung. Um diesen Effekt zu quantifizieren, wird eine Querschnittsbetrachtung des Lebenseinkommens vorgenommen, die von der historischen Einkommensentwicklung und dem Problem ihrer derzeitigen Bewertung abstrahiert. Die statistische Basis bilden die durchschnittlichen Beitragsgrundlagen der Pensionsversicherten nach den einzelnen Altersjahrgängen, die aus einer Sonderauswertung des Hauptverbands der Sozialversicherungsträger für 1981 ermittelt und auf nominelle Werte 1986 hochgerechnet wurden. Die Ermittlung des Lebenseinkommens im Modellfall geht von der Fiktion aus, daß das durchschnittliche Alters-Einkommensprofil über die Zeit konstant bleibt und sich der Versicherte im Laufe seines Lebens "auf dieser Kurve bewegt". Diese Betrachtung ist deshalb zulässig, weil für die hier behandelte Fragestellung nur die Auswirkung individuell unterschiedlicher Versicherungsverläufe (im gleichen Zeitraum) auf das Verhältnis von Pensionseinkommen und Beitragsleistung von Interesse ist. Eine dynamische Interpretation dieser Deckungsquoten (Anteil des Pensionseinkommens, der durch "eigene" Beiträge der Versicherten gedeckt ist) ist daher nicht zulässig.

Aspekte der Umverteilung zwischen sozialen Gruppen²⁾

Lebensdauer

Die staatliche Altersversorgung kennt keine Staffelung der individuellen Pensionsbeiträge nach der mittleren Lebenserwartung einer Personengruppe oder nach dem Gesundheitszustand eines Versicher-

²⁾ In diesem Aufsatz werden nur die wichtigsten Umverteilungsaspekte behandelt. Weitere Einflußfaktoren sind der Kinderzuschlag zum Steigerungsbetrag bei weiblichen Versicherten, die Ausgleichszulagen und die Arbeitgeberbeiträge in der Versicherung der Unselbständigen. Eine Diskussion dieser Faktoren enthält die für den Auftraggeber erstellte vollständige Fassung der Studie

Statistische Daten

Die veröffentlichten rechteckigen "Make"- und "Use"-Matrizen der österreichischen Input-Output-Tabelle 1976 (*Österreichisches Statistisches Zentralamt, 1985B, 1986A, B*) wurden in eine quadratische, nach 175 Wirtschaftsbereichen gegliederte Tabelle umgewandelt, die auf 27 Wirtschaftsbereiche (Anhang II) aggregiert wurde. 13 Endnachfragekomponenten der Originaltabelle wurden auf elf reduziert. Für den zweiten Quadranten (Endnachfrage) wurden Matrizen der Handels- und Verkehrsspannen, der Mehrwertsteuer und der Importabgaben erstellt. Im dritten Quadranten (Wertschöpfung) wurden zusätzlich zu den in der Input-Output-Statistik veröffentlichten Angaben über die indirekten Steuern, die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung und die Subventionen Daten über die Lohnsteuer und die Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung geschätzt (in der veröffentlichten Input-Output-Tabelle sind beide ein Bestandteil der Bruttolöhne und -gehälter²⁾).

In der Übersicht 1 werden die Angaben über die Steuern, Abgaben und Subventionen in der Input-Output-Tabelle (die in der Analyse des Steuergehalts verwendet wurden) mit den Angaben der Volkseinkommensrechnung 1976 (*Österreichisches Statistisches Zentralamt, 1985A*) verglichen. Folgende Fakten sind zu beachten:

- Die veranlagte Einkommensteuer, Gewerbesteuer und Körperschaftsteuer (insgesamt 31 863 Mill. S) konnte den 27 Wirtschaftsbereichen der Input-Output-Tabelle nicht zugeordnet werden. Dies ist der Grund, warum kein voller, sondern nur ein zurechenbarer Steuergehalt der Endnachfrage berechnet werden konnte. Die fehlenden Steuern machen 11,7% der auf die Produktion und den Vertrieb der Güter entfallenden Steuern und Abgaben aus (Übersicht 2); der zurechenbare Steuergehalt entspricht 88,3% des vollen Steuergehalts. Die in den Übersichten 3 bis 10 angegebenen Werte müßten mit dem Faktor 1,13 multipliziert werden, um auf den vollen Steuergehalt zu kommen (das ist ein grobes Maß, weil die nicht zugeordneten direkten Steuern wahrscheinlich nicht gleichmäßig verteilt sind)
- Die Volkseinkommensrechnung enthält Angaben über Steuern, die nicht auf die Produktion entfallen. Es handelt sich um die von Pensionisten bezahlte Lohnsteuer (3.892 Mill. S) und um die "anderen direkten Steuern" (16 825 Mill. S). Sie werden sowohl im

²⁾ Die quadratische Input-Output-Tabelle mit Matrizen der Verteilungsspannen und der Mehrwertsteuer wurden in der Abteilung 7 des Österreichischen Statistischen Zentralamtes erstellt und aggregiert. Den Mitarbeitern dieser Abteilung, an erster Stelle Herrn Dr. Norbert Rainer, der auch die Schätzung der Lohnsteuer und der Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung vornahm und zum Text des vorliegenden Aufsatzes wertvolle kritische Bemerkungen machte, wird hiemit herzlich gedankt.

Übersicht 1
Steuern nach Input-Output-Tabelle und Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung 1976

	Input-Output-Tabelle	Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung
	Mill. S	
Direkte und indirekte Steuern		
Sozialversicherungsabgaben		
Insgesamt	219 773	271 669
Auf die Produktion entfallend	219 773	250 952
Direkte Steuern		
Auf die Produktion entfallend	31 496	63 359
Input-Output zugeordnet (Lohnsteuer)	31 496	31 496
Input-Output nicht zugeordnet	—	31 863
Veranlagte Einkommensteuer	—	17 171
Gewerbesteuer	—	8 692
Körperschaftsteuer	—	6 000
Nicht auf die Produktion entfallend	—	20 717
Lohnsteuer Pensionisten	—	3 892
Andere direkte Steuern	—	16 825
Sozialversicherungsabgaben	88 570	88 570
Arbeitgeberbeiträge	38 889	38 889
Arbeitnehmerbeiträge (i. w. S.)	32 499	32 499
Imputierte Pensionen	17 182	17 182
Indirekte Steuern	54 893	54 893
Den Gütern zurechenbar	27 035	
Den Gütern nicht zurechenbar	7 503	
Lohnabhängig	20 355	
Mehrwertsteuer und Importabgaben	66 505	64 940
Mehrwertsteuer	60 660	58 820
Auf Endnachfrage	56 404	
Auf Intermediärverbrauch	4 256	
Importabgaben	5 845	6 120
Subventionen	— 21 691	— 20 810
Den Gütern zurechenbar	— 5 472	
Den Gütern nicht zurechenbar	— 11 448	
Lohnabhängig	— 4 771	
Direkte und indirekte Steuern Sozialversicherungsabgaben minus Subventionen		

vollen als auch im zurechenbaren Steuergehalt nicht berücksichtigt

- Beiträge der Arbeitgeber zur Sozialversicherung schließen in der Input-Output-Tabelle die "imputier-

Übersicht 2
Struktur der Steuern in der Input-Output-Tabelle 1976

	In %
Direkte Steuern	
Input-Output zugeordnet	11,5
Direkte Steuern	
Input-Output nicht zugeordnet	11,7
Sozialversicherungsabgaben	32,4
Indirekte Steuern	20,1
Mehrwertsteuer	22,2
Importabgaben	2,1
Insgesamt	100,0
Subventionen	—7,9
Direkte und indirekte Steuern Sozialversicherungsabgaben minus Subventionen	

werden, um den tatsächlichen Abfluß österreichischer Kaufkraft ins Ausland zu zeigen, hatte die Importquote des privaten Konsums bis 1976 einen ständig steigenden Trend. Einkommensteigerungen kamen zwischen 1970 und 1976 zunehmend dem Ausland zugute. 1979 flossen von 100 S, die die Österreicher für Konsumzwecke ausgaben 21,5 S ins Ausland ab, 1976 schon 26,1 S (das entspricht einer Steigerung von 21,4%).

Diese Entwicklung trug stark dazu bei, daß sich die Handelsbilanz Österreichs rasch verschlechterte. Das Defizit, das 1970 bei 18,4 Mrd. S oder 4,9% des Brutto-Inlandsprodukts lag, stieg bis 1976 auf 52,5 Mrd. S oder 7,2% des Brutto-Inlandsprodukts. Nicht zuletzt diese beunruhigende Entwicklung veranlaßte die Bundesregierung zu Maßnahmen. Im Herbst 1977 wurde beschlossen, mit 1. Jänner 1978 einen dritten Mehrwertsteuersatz für sogenannte "Luxusgüter" einzuführen.

Die sehr günstige Liquiditätslage der privaten Haushalte — neben starken Realeinkommenszuwächsen insbesondere der Unselbständigen (Masseneinkommenszuwachs +3,8%) wurden 1977 rund 40 Mrd S an begünstigten Spargeldern frei — führte 1977 zu einem Konsumboom. Mit einer Rate von real 5,7% lag das Wachstum des Konsums deutlich über dem Trend seit Beginn der sechziger Jahre (+4,1%). Der Zuwachs des privaten Konsums konnte nur zum Teil aus der Zunahme des verfügbaren persönlichen Einkommens finanziert werden, der Rest wurde durch einen Rückgang des Sparens gedeckt. Die Sparquote

sank dementsprechend von 10,4% im Jahr 1976 auf 8% im Jahr 1977. Insbesondere die Käufe dauerhafter Konsumgüter übertrafen deutlich das Vorjahresniveau (+20,1%), vor allem die Einzelhandelsumsätze mit optischen und feinmechanischen Erzeugnissen (+29,2%) sowie Fahrzeugen (+27,6%). Gegen Jahresende 1977 wurden Waren im Wert von real 3,5 Mrd S vorgekauft⁶⁾, das sind 5,5% der Jahresausgaben für dauerhafte Konsumgüter, denen die Luxusgüter mehrheitlich zuzurechnen sind. Dieser Vorzieheffekt war die stärkste Reaktion der privaten Haushalte auf bevorstehende fiskalische Änderungen (*Puwein — Stankovsky — Wüger, 1984*). Nahezu die Hälfte des Konsumzuwachses entfiel 1977 auf Importe, sodaß die Importquote des privaten Konsums von 26,1% im Jahr 1976 auf 28,3% im Jahr 1977 stieg. Der stürmischen Verbrauchsentwicklung im Jahr 1977 folgte 1978 (erstmal seit 1954) ein realer Rückgang der Konsumausgaben (—1,6%). Er beschränkte sich erwartungsgemäß auf dauerhafte Konsumgüter, (—20,3%) insbesondere auf die von der Mehrwertsteuererhöhung betroffenen Waren (so gingen z. B. die Einzelhandelsumsätze für Fahrzeuge um 32,8% zurück).

Erhöhung des dritten Mehrwertsteuersatzes für "Luxusgüter"

Zwischen 1979 und 1982 wuchsen die Konsumausgaben und die Einzelhandelsumsätze um nur rund 1% pro Jahr (kontinuierliche Wachstumsrate zwischen den Endpunkten). Selbst dieses geringe Verbrauchswachstum konnte nur durch eine Verringerung der Sparneigung erreicht werden. Da die Nachfrage nach "Luxusgütern" empfindlich auf Einkommensänderungen reagiert, machte sich die schwache Einkommensentwicklung bei der Nachfrage nach diesen Gütern besonders bemerkbar (siehe Übersicht 2).

Der aufgestaute Nachholbedarf — der Ausgabenanteil für dauerhafte Konsumgüter war in dieser Phase (1979/1982) von 12,8% (Durchschnitt 1974/1979) auf 11,8% zurückgegangen — war eine Voraussetzung für eine günstige Konsumententwicklung im Jahr 1983. Außerdem besserte sich die Wirtschaftslage. Die Abschwächung der Inflation und die zweite Etappe der Lohnsteueranpassung stärkten die reale Kaufkraft. Mit einer Zuwachsrate von real 3% wurde der stärkste Einkommenszuwachs der privaten Haushalte seit 1979 erreicht. Verbessert wurde die Liquidität noch durch freiwerdende Prämienspargelder — nach groben Schätzungen dürften im Jahr 1983 rund 11 Mrd S an Prämienspargeldern abgezogen worden sein. Darüber hinaus wurden 1983 die Zinsen für Kon-

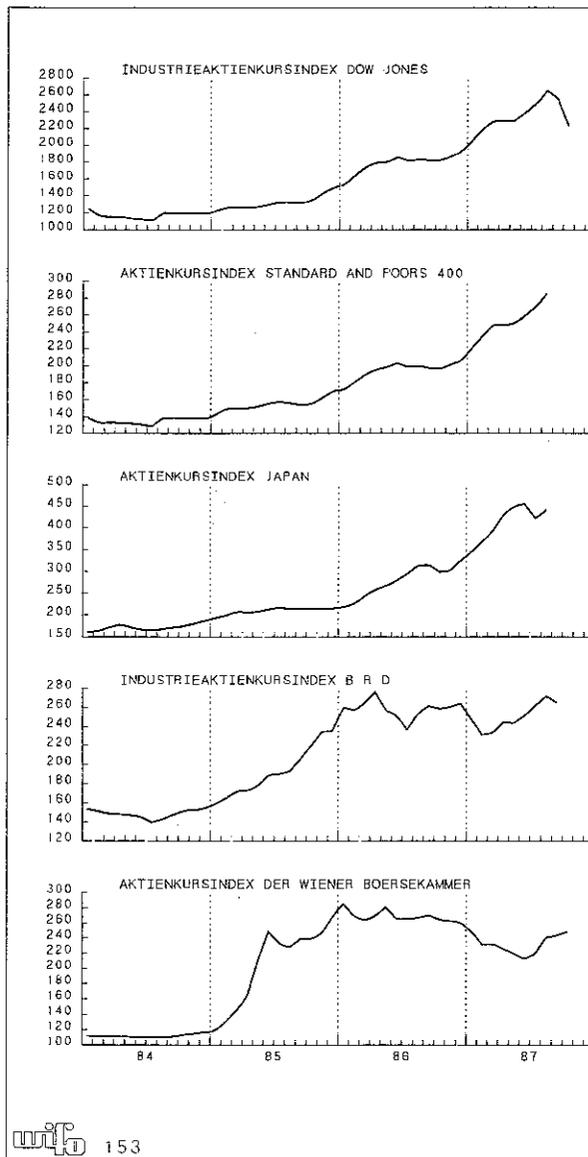
⁶⁾ Die Vorkäufe wurden als Abweichungen der saisonbereinigten Reihe von der glatten Komponente (Trend + zyklische Komponente) ermittelt.

<i>Übersicht 2</i>					
Entwicklung der Einzelhandelsumsätze einiger "Luxusgüter"					
	Fahrzeuge	Uhren und Schmuckwaren	Elektrotechnische Erzeugnisse	Optische Erzeugnisse	Kosmetische Erzeugnisse
	Veränderung gegen das Vorjahr in % real				
1974	- 33	- 71	+236	+289	+ 25
1975	+157	+ 27	+ 50	+170	- 37
1976	+182	+ 52	- 20	+ 12	+ 14
1977	+276	+116	+152	+292	+ 37
1978	-328	-196	-108	- 28	- 06
1979	+182	-145	- 34	+ 96	+ 42
1980	+ 75	-327	- 47	- 60	- 67
1981	- 80	+ 87	- 07	+ 47	- 32
1982	+ 05	+123	+ 21	- 38	+ 35
1983	+220	+ 23	+103	+105	+112
1984	-154	-109	- 53	+ 05	+ 47
1985	+143	+ 32	+ 66	+ 71	+ 42
1986	+127	+129	+ 30	+ 20	- 52
I Qu 1987	- 20	- 08	- 59	- 35	- 14
II Qu 1987	- 04	+154	+ 47	+ 37	- 11
Ø 1973/1977	+145	+ 31	+105	+191	+ 10
Ø 1978/1986	+ 21	- 43	- 03	+ 24	+ 13
Ø 1973/1976	+102	+ 03	+ 89	+157	+ 01
Ø 1979/1986	+ 65	- 23	+ 10	+ 31	+ 16

Q: Österreichisches Statistisches Zentralamt

Abbildung 2

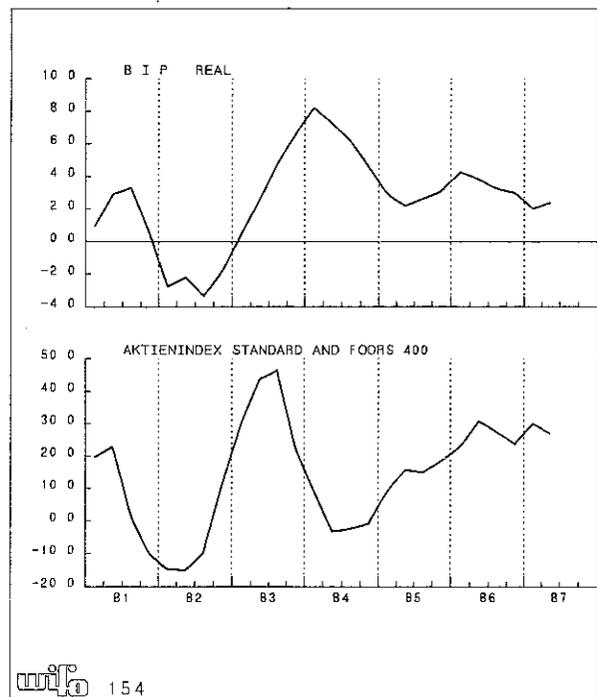
Internationale Aktienkursentwicklung



lyse der achtziger Jahre für die USA eine im allgemeinen gleichgerichtete Bewegung der Aktienkurse und des Wirtschaftswachstums erkennen: Die Wachstumsrate des realen Brutto-Inlandsproduktes hinkt etwa zwei Quartale hinter der Veränderungsrate des "Standard & Poor's 400" nach. Wenn die zyklischen Bewegungen dieser beiden Reihen einander auch sehr ähneln, ist doch auf folgende Unterschiede hinzuweisen: Im Jahr 1984 war die Wachstumsdämpfung weniger ausgeprägt, als aufgrund der vorhergehenden Abschwächung des Aktienindex zu erwarten gewesen wäre. Umgekehrt hat sich das BIP-Wachstum seit Anfang 1986 allmählich vermindert, die Aktienkurse sind hingegen bis Mitte 1987 besonders kräftig gestiegen.

Abbildung 3

Aktienkurse und Wirtschaftswachstum in den USA
Veränderung gegen das Vorjahr in %



Damit ist auch schon einer der Hintergründe für die jüngsten Kurseinbrüche aufgezeigt. Aus der Sicht der realen amerikanischen Wirtschaftsentwicklung war die *Aktienhausse* der letzten zwei Jahre *überzogen*. In Erwartung steigender Kurse wandten sich die Anleger verstärkt dem Aktienmarkt zu, worauf die Kurse tatsächlich anzogen: In dieser Phase waren die Erwartungen "selbsterfüllend". Ein derartiges Erwartungsgebäude ist jedoch labil und droht einzustürzen, sobald weitere Kurssteigerungen immer weniger wahrscheinlich werden.

Einen Beitrag zur Umkehr der Erwartungen lieferten seit August 1987 die *Zinssteigerungen in den USA*. Zwar konzentrierten sie sich auf Märkte mit kurzfristigen Titeln, doch mußte sich dies über kurz oder lang in einer Anhebung auch der langfristigen Zinssätze niederschlagen. Aktien verloren dadurch im Vergleich zu Rentenwerten als Anlagewerte an Attraktivität. Höhere Zinssätze dämpfen die Aktienkurse zusätzlich über einen realwirtschaftlichen Kanal: Sind sie Ausdruck restriktiver Wirtschaftspolitik, beeinträchtigen sie die Erwartungen der Anleger über die künftigen Ertragsmöglichkeiten der Unternehmen.

Hinzu kam, daß parallel zur Zinsentwicklung in den USA die Zinssätze auch in der *Bundesrepublik Deutschland* stiegen und im Oktober 1987 durch die Diskussion um die Quellensteuer einen neuerlichen Schub erhielten. Die amerikanische Wirtschaftspolitik

rung aufgefangen wurde. Damit stagniert, von kleineren Schwankungen abgesehen, die Industrieproduktion nunmehr seit sieben Quartalen (seit dem IV. Quartal 1985). Zur Zeit ist es unsicher, ob der Einbruch zu Jahresbeginn nur einen "Ausrutscher" darstellt (der sich allerdings in der äußerst unbefriedigenden Auftragslage seit längerem abzeichnete), oder ob es sich hierbei doch um ernstzunehmende, weil mittelfristig wirksame Trends gehandelt hat. Jedenfalls hat die Investitionslust der österreichischen Unternehmer seit Jahresende 1986 doch etwas nachgelassen, ohne daß die Notwendigkeit zu weiteren Rationalisierungen und Modernisierungen weiter Bereiche der österreichischen Industrie (nicht nur im Grundstoffbereich) geringer geworden wäre. In den nächsten Jahren ist mit weiter zunehmender internationaler Konkurrenz (auch ohne formelle Schritte zur weiteren Annäherung an die EG) auf jeden Fall zu rechnen, sodaß in Zukunft der Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Industrie noch stärkere Aufmerksamkeit geschenkt werden muß.

Österreichs Wirtschaft wird im laufenden Jahr mit etwa +1% wieder weniger stark wachsen als in den vorhergegangenen Jahren. Österreich muß sich für dieses Jahr, aber auch für die nächsten Jahre auf einen Wachstumsrückstand gegenüber der europäischen Wirtschaft einstellen. Dies gilt in verstärktem Maß für die Industrie, die im Jahr 1987 nach den jüngsten Prognosen das Produktionsergebnis des Vorjahres um 1% verfehlen wird. Da die ausländische Nachfrage nach österreichischen Gütern auch 1987 (wie bereits 1986) real kaum zunimmt und weitere Preisnachlässe bei Exportgütern das Preisniveau der österreichischen Industriewaren drücken, sind aus dem Ausland keine positiven Impulse für die Ertragslage der heimischen Industrie zu erwarten. Auch die Nachfrage nach Investitionsgütern wächst seit Jahresbeginn weniger stark. Sie wird zwar heuer das Niveau des Vorjahres überschreiten, aber doch um weniger als in den beiden vorhergegangenen Jahren. Die Produktionsergebnisse bis einschließlich August 1987 zeigen, daß die heimische Investitionsgüterindustrie, vor allem jene, die fertige Investitionsgüter erzeugt, von der noch immer leicht expansiven Nachfrage im Gegensatz zu 1986 kaum profitieren kann und laufend Produktionseinbußen hinnehmen muß. Dagegen stiegen die Investitionsgüterimporte im 1. Halbjahr. Es gibt jedoch auch positive Zeichen: Nach mehr als einem Jahr rückläufiger Tendenz erholen sich nunmehr die Auftragseingänge für die Investitionsgüterproduzenten, vor allem aus dem Ausland. Dennoch sind die Auftragsbestände noch immer niedriger als in den letzten Jahren.

Dem Konsumgüterbereich kommt zwar im laufenden Jahr eine etwas höhere Nachfrage zugute (+2%),

Übersicht 3
Cash-flow¹⁾ der Aktiengesellschaften

	Zahl der Betriebe	1985 Mill. S	1986 Mill. S
Basissektor	18	9 176,5	11 467,3
Bergbau, Magnesit, Erdöl			
Eisen- und Metallhütten			
Papierindustrie			
Chemische Industrie	5	2 349,9	1 810,7
Baubranchen	10	866,7	1 161,9
Steine-Keramik Glas			
Holzverarbeitung			
Technische Verarbeitungsprodukte	27	2 853,7	2 358,1
Maschinen-, Fahrzeugindustrie			
Eisen- und Metallwarenindustrie			
Elektroindustrie			
Traditionelle Konsumgüterbranchen	14	2 049,8	2 396,5
Nahrungs- und Genußmittelindustrie			
Textil Bekleidung Leder			
Insgesamt	74	17 296,6	19 194,5

Q: Auswertung von Firmenbilanzen durch das WIFO — ¹⁾ Nach Definition des WIFO: Cash-flow I

doch hält die Nachfrageausweitung nicht mit der Zunahme der Masseneinkommen Schritt. Dies führte zu einem weiteren Anstieg der Sparquote. Nur die Verbrauchsgüterproduzenten können heuer mit einer Produktionssteigerung rechnen, die Erzeuger von Bekleidung und Textilien sowie langlebigen Konsumgütern haben jedoch deutliche Produktionseinbußen erlitten.

Die Grundstoffindustrien haben sich im Laufe des Jahres nach einem schlechten I. Quartal nach der Produktionsmenge, nicht aber nach den Preisen etwas erholt. Dennoch kann in diesen Sektoren von einer Konsolidierung noch nicht gesprochen werden. Die Preissituation zeigt, daß hier vielfach zu sehr schlechten Konditionen verkauft wird, um die Kapazitätsauslastung auch nur halbwegs zu sichern. In der Eisen- und Stahlindustrie nehmen zwar die Auftrags-eingänge aus dem Ausland seit einigen Monaten zu, doch hat sich die Produktion nach der leichten Belebung im Frühjahr bereits im Sommer wieder abgeschwächt. Hier sind auch auf Dauer noch größere Schwierigkeiten zu erwarten, die sich negativ auf die Ertragslage auswirken werden.

Die Industriebeschäftigung war das ganze Jahr 1986 hindurch leicht gefallen. Der Rückgang beschleunigte sich bis ins I. Quartal 1987 nur wenig. Im II. Quartal 1987 kam es jedoch zur typischen verzögerten, nun aber sehr starken Anpassung der Beschäftigung an die mäßige Produktion (Beschäftigte —3% bei stagnierender Produktion). Dadurch gelang es, die Produktivität in einem Ausmaß wieder zu steigern, das etwa dem langfristigen Durchschnitt entspricht (+3,6%). Dazu trug neben dem Beschäftigtenabbau zweifellos auch die starke Investitionstätigkeit der

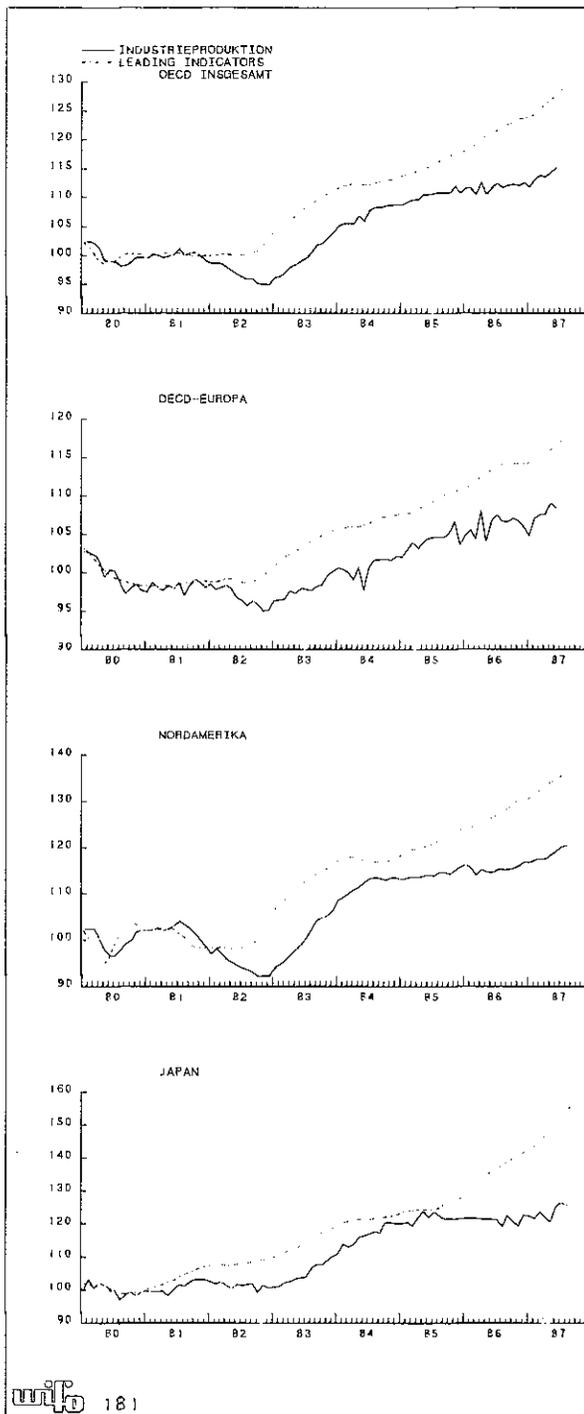
Entstehung des Brutto-Inlandsproduktes

	Industrie einschließlich Bergbau	Gewerbe	Energie- und Wasser- versorgung	Bauwesen	Handel ¹⁾	Verkehr und Nachrichten- übermittlung	Vermögens- verwaltung ²⁾	Sonstige private Dienste	Öffentlicher Dienst	Wertschöpfung ohne Land- und Forstwirtschaft	Land- und Forstwirtschaft	Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche ³⁾	Brutto-Inlands- produkt
Zu Preisen von 1976, in Mrd. S													
1980, I. Quartal	47,05	13,89	7,20	8,95	31,14	11,78	22,74	7,82	26,25	176,83	7,20	184,03	190,08
II. Quartal	47,40	14,35	6,30	15,42	31,07	12,50	23,13	7,75	26,33	184,23	7,70	191,93	199,30
III. Quartal	45,58	14,74	6,09	19,57	35,69	12,86	23,58	7,72	26,40	192,24	11,22	203,45	211,63
IV. Quartal	49,54	15,88	6,84	17,21	35,70	12,89	23,67	7,80	26,50	196,02	13,57	209,59	218,99
Σ 1980	189,57	58,86	26,43	61,15	133,60	50,03	93,12	31,09	105,48	749,32	39,69	789,00	820,00
1981, I. Quartal	45,54	13,37	7,17	8,41	31,22	11,74	23,78	7,92	26,60	175,75	6,85	182,60	187,66
II. Quartal	47,65	14,10	6,14	15,26	31,77	12,62	24,03	7,90	26,92	186,38	7,76	194,14	201,03
III. Quartal	46,55	14,48	5,89	18,59	36,15	12,95	24,34	7,88	27,23	194,07	10,48	204,55	212,04
IV. Quartal	49,46	15,39	7,16	16,34	35,58	13,06	24,36	7,90	27,18	196,42	12,74	209,16	218,05
Σ 1981	189,20	57,34	26,36	58,60	134,72	50,37	96,51	31,60	107,93	752,62	37,83	790,45	818,78
1982, I. Quartal	46,00	14,01	7,26	7,62	31,52	11,99	24,69	7,91	27,19	178,19	7,25	185,44	190,08
II. Quartal	48,22	14,70	6,24	14,14	31,65	12,79	24,91	7,87	27,46	187,99	8,21	196,20	202,61
III. Quartal	46,05	14,87	6,08	17,72	36,54	13,06	25,19	7,83	27,73	195,06	11,70	206,76	213,70
IV. Quartal	48,32	15,74	6,55	15,76	36,46	13,20	25,17	7,85	27,83	196,87	16,27	213,14	221,49
Σ 1982	188,59	59,32	26,13	55,24	136,17	51,04	99,96	31,46	110,21	758,11	43,43	801,54	827,88
1983, I. Quartal	44,56	14,19	7,40	7,15	32,19	12,18	25,75	8,14	27,77	179,33	7,13	186,46	190,98
II. Quartal	48,30	15,04	6,38	13,61	32,96	13,09	26,00	8,11	27,93	191,42	8,05	199,47	206,02
III. Quartal	47,22	15,43	5,91	17,48	37,88	13,51	26,32	8,09	28,13	199,97	12,14	212,11	219,36
IV. Quartal	50,33	16,64	6,88	16,26	39,48	13,80	26,23	8,10	28,17	205,88	14,33	220,21	229,57
Σ 1983	190,41	61,30	26,57	54,50	142,51	52,58	104,30	32,44	112,00	776,60	41,65	818,25	845,93
1984, I. Quartal	47,83	14,49	7,27	7,00	32,52	12,93	26,55	8,21	28,09	184,90	7,50	192,40	196,58
II. Quartal	48,81	15,13	6,24	13,18	33,00	13,88	26,83	8,20	28,28	193,54	8,43	201,97	208,06
III. Quartal	47,95	15,53	6,15	16,85	37,74	14,12	27,17	8,19	28,46	202,16	12,52	214,68	221,39
IV. Quartal	51,51	16,86	7,07	16,25	38,68	14,32	27,09	8,20	28,54	208,52	14,49	223,01	231,37
Σ 1984	196,10	62,01	26,73	53,28	141,94	55,25	107,64	32,80	113,37	789,12	42,94	832,06	857,40
1985, I. Quartal	49,30	14,88	7,78	6,26	33,77	13,18	27,27	8,39	28,63	189,45	7,50	196,95	201,02
II. Quartal	51,57	15,78	6,45	13,49	34,19	14,52	27,58	8,38	28,73	200,69	8,05	208,74	214,87
III. Quartal	50,23	16,12	6,75	17,71	38,95	14,90	27,93	8,38	28,87	209,85	12,47	222,32	229,34
IV. Quartal	54,73	17,67	6,98	16,11	39,32	15,09	27,85	8,38	29,09	215,22	12,78	228,00	236,33
Σ 1985	205,83	64,45	27,96	53,57	146,23	57,69	110,63	33,53	115,32	815,21	40,80	856,01	881,56
1986, I. Quartal	50,09	15,20	7,99	6,54	34,46	13,40	28,10	8,57	29,09	193,46	7,20	200,66	204,32
II. Quartal	52,70	16,18	7,10	14,20	35,12	14,82	28,49	8,60	29,17	206,39	8,18	214,58	220,29
III. Quartal	51,24	16,42	6,24	18,07	39,15	15,01	28,93	8,62	29,34	213,00	11,66	224,66	231,34
IV. Quartal	54,85	18,10	6,97	16,69	39,40	15,03	28,78	8,60	29,58	218,02	14,49	232,50	240,41
Σ 1986	208,88	65,90	28,30	55,50	148,13	58,26	114,33	34,39	117,18	830,87	41,53	872,40	896,36

¹⁾ Einschließlich Beherbergungs- und Gaststättenwesen. — ²⁾ Banken und Versicherungen, Realitätenwesen, Rechts- und Wirtschaftsdienste. — ³⁾ Vor Abzug der imputierten Bankdienstleistungen und vor Zurechnung der Importabgaben und der Mehrwertsteuer.

Abbildung 2

Industrieproduktion und Leading Indicators
Saisonbereinigt, 1980 = 100



stehenden Sachkapitals (Tobins q-Effekt). Drittens dürfte der Börsenkrach das allgemeine Geschäfts- und Konsumklima beeinträchtigen

Wie stark diese Effekte tatsächlich wirken, ist schwer abzuschätzen, zumal Vermögenseffekte bisher in makroökonomischen Modellen internationaler Prognoseinstitutionen (z. B. "Interlink" der OECD) gar nicht berücksichtigt waren. Dennoch wird von vielen nationalen Prognosestellen und auch von der OECD eher mit negativen Einflüssen des Börsenkrachs auf die reale Wirtschaft gerechnet. Da in den USA der Aktienbesitz breiter gestreut ist als in allen anderen Industrieländern, dürfte der Vermögenseffekt — wenn überhaupt — dort am stärksten ausfallen. Die OECD nimmt daher an, daß durch das direkte Wirken des Vermögenseffektes in den USA das BNP gegenüber den Überlegungen vor dem Börsenkrach 1988 real um $\frac{1}{2}$ Prozentpunkt und 1989 um 1 Prozentpunkt weniger wachsen wird. Über die internationalen Transmissionskanäle (Außenhandel, Finanztransaktionen) wird demgemäß die BNP-Zuwachsrates in Japan und in der BRD 1988 um $\frac{1}{4}$ Prozentpunkt und 1989 um $\frac{1}{2}$ Prozentpunkt sinken. Die direkten Auswirkungen auf die kleineren Industrieländer sind minimal, nur durch indirekte Wirkungen (über den Handel mit den großen Ländern) werden die Wachstumsaussichten in den kommenden Jahren gedämpft. In der OECD insgesamt dürfte in diesem Szenario das Wachstum des realen BNP 1988 um $\frac{1}{4}$ Prozentpunkt und 1989 um $\frac{3}{4}$ Prozentpunkte geringer sein als nach den bisherigen Prognosen. Die genannten Effekte könnten dadurch gemildert werden, daß der Inflationsauftrieb schwächer ausfällt und das nominelle Zinsniveau sinkt

Viel gravierender als die möglichen dämpfenden Einflüsse aufgrund des Vermögenseffektes könnten die Auswirkungen der durch den Börsenkrach ausgelösten Änderungen der Wirtschaftspolitik sein. Einerseits würde eine Fortsetzung der Abwertung des Dollars, wie sie nach dem Börsenkrach festzustellen war, die Exportchancen von Europa und Japan erheblich verringern und damit Wachstumseinbußen bringen. In dieselbe Richtung würde eine schärfere Budgetkonsolidierung in den USA als bisher geplant wirken, sofern nicht in Europa (BRD) und in Japan (wo bereits ein Konjunkturstimulierungsprogramm implementiert wurde) zusätzliche Anstrengungen zur Gegensteuerung der deflationären Tendenzen in den USA unternommen werden

nichtet haben. Als Anpassung an diesen Vermögensverlust dürften die Konsumenten ihre Ausgaben (laut OECD-Schätzungen in den USA im Ausmaß von 1 Prozentpunkt) einschränken. Ein zweiter Wirkungskanal ist der Effekt auf die Sachanlageinvestitionen entweder über eine Einschränkung der Kreditmöglichkeiten oder über eine Geringerbewertung des be-

Sollte dagegen die Geldpolitik — die im September und Oktober bereits wieder restriktiv zu werden drohte, um einen neuerlichen Preisauftrieb zu vermeiden — nach dem Börsenkrach ihren geänderten Kurs einhalten (sinkende Nominalzinsen), dann könnte eine Entlastung für Konsumenten und Investoren ein-